

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

2 (3.1.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelbste Mißmeterszeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Mißmeterszeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Text, der bei Nichterhaltung des Zahlungsplans, bei geschuldeter Bezahlung und bei Anstufung außer Kredit tritt o. Erfüllungstermin und Geschäftsbedingungen l. 2. o. Schrift der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post vom 1. 1. 1931 o. Postkontokonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe l. 2., Waldstraße 28 o. Januar 1931 und 1932 o. Doltstr. 11 (Müllerei) / Durlach, Hauptstraße 9, D. Duden, Tagblattstraße 12; Rastatt, Kolonnenstraße 2; Offenburg, Hauptstraße 1

Nummer 2 Karlsruhe, Samstag, den 3. Januar 1931 51. Jahrgang

Wilde Bergarbeiterstreiks

Die kommunistischen Judassen an der Arbeit - Sinnlose Teilstreiks - Beabsichtigte Zerstörung des Bergarbeiterverbandes - Arbeiter die Opfer der Kommunisten

Wohlm, 2. Jan. (Eig. Draht.) Zu dem Teilstreit im Ruhrgebiet teilt der Bergarbeiterverband mit, daß nach genauen Feststellungen von der Morgenlicht im Ruhrgebiet rund 11 Prozent der Belegschaft der Arbeit fern geblieben sind. Die Arbeitsniederlegung wurde fast überall veranlaßt durch kommunistische Stütztrupps, Erwerbslose usw., welche die Bergleute mit Gewalt von der Arbeit abhielten. Bei der Mittagslicht wiederholten sich die Versuche gewalttätiger Arbeitsverhinderung vielfach. Der Verband fordert seine Mitglieder und die Belegschaften auf, sich gegen ein solches Treiben energisch zur Wehr zu setzen. Er weist ferner die unwahre kommunistische Behauptung zurück, daß seine Verhandlungsführer bereit gewesen seien, einem 7-prozentigen Lohnabzug zuzustimmen. Die kommunistische Behauptung, daß schon von heute ab zu einem 12 Prozent niedrigeren Lohn gearbeitet werden müsse, ist infolge dessen völlig unwahr. Nach geltendem Recht können die Schichtlöhne wie auch die Gehaltelöhne vor dem 15. Januar nicht geändert werden.

Die Mittagslicht ist weit besser eingefahren, als die Morgenlicht. Höchstens 6-7 Prozent sind, durch den Terror verhindert, nicht eingefahren. Der einzige Schacht, dessen Belegschaft in der Mittagslicht vollständig streikte, ist Thössen 2/7, Streikgebiete sind Hamborn und der Gladbeck-Bottroper Bezirk; in Mörs hat sich die Lage gebessert. Im Essener, Bochumer und Dortmunder Revier ist es ruhig. Auf der Zeche Adolf von Harnemann kam es auf dem Zechenplatz zu einer Schlägerei zwischen Arbeitswilligen und Streikenden. Im Hammerrevier wurde auf der Zeche De Wendel in geringem Umfang (150 Mann von der Mittagslicht) gestreikt. Polizei ist noch nirgends eingesetzt worden. Wie unser Korrespondent nach erzählt, ist die gewalttätige Arbeitsverhinderung, wie sie sich am Freitag morgen auswirkte, ausschließlich von der kommunistischen Partei in Szene gesetzt worden. Vorbereitet und empfohlen wurde der Putzsch von der Konferenz, die am Neujahr in Gelsenkirchen stattfand, und angeblich von 247 Delegierten, die 97 Schachtanlagen vertraten, besucht war. Als Vorsitzender des Kampfausschusses wurde Borgull (Katernberg bei Essen) bestimmt. Der Streikleitung gehören ferner an: Gallinat, Jgals, Steinbach, Hoffreiter, Funt, Frank, Thortin. Bemerkenswert sind die Parolen, die zur Erzwingung des Streiks Massenstreikposten unter Hinzuziehung von Erwerbslosen, Frauen und Jugendlichen gebildet werden sollen. Die Erwerbslosenstaffeln wurden direkt dem Befehl der zentralen Streikleitung unterstellt. Proletarischer Massenterror gegen Streikabwürger, Christliche und SPD, wurde als selbstverständlich vorgezeichnet. Unterbrechung der Gas-, Wasser- und Stromversorgung wurde als notwendig bezeichnet, doch sollen diese Maßnahmen den internen Funktionen überlassen bleiben. Des ferneren wurde die Ueberwachung von Gewerkschaftsbüros, Versammlungsorten und Polizeistationen unterstellt. Wo am ersten Tag der Streik nicht durchgeführt werden sollte, soll mit Hilfe der Erwerbslosenstaffeln in den folgenden Tagen der Streik erzwungen werden. Für die Pfaffungen und Zerstörungen der Polizei wurden besondere Verhaftungsmaßnahmen gegeben.

Die Bergarbeiterverbände haben sich heute nachmittag mit folgendem Flugblatt an die Bergarbeiter gewandt:

Kameraden! Die Unternehmer des Ruhrbergbaus haben die Kündigung aller Arbeitsverträge zum 15. Januar ausgeschrieben. Mit brutaler Gewalt soll die Lohnkürzung, die bei den Schlichtungsverhandlungen nicht erreicht werden konnte, durchgesetzt werden. Die Not der Bergarbeiter soll noch vergrößert werden. Sie sollen die Schäden des Krieges allein tragen, macht die Wärscht der Bergwerksbesitzer zuhanden, seht, daß ihr nicht erwählt seid, euch dem Diktat der Unternehmer zu beugen. Nehmt den Abschluß von neuen Arbeitsverträgen ab. Weigert euch, die Bedingungen der Arbeitsbesitzer anzunehmen. Von eurem Verhalten hängt der Ausgang des Lohnkonflikts ab. Vertraut euch der Führung der 4 Bergarbeiterverbände an. Kameraden! Weist die kommunistischen Parolen zurück. Sie haben nur den Zweck, euch in einen aussichtslosen Putzsch hineinzutreiben. Sie dienen nur der Reaktion und fördern die Diktatgelüste der Unternehmer, lehnt diese Parolen ab und folgt den Weisungen der 4 Bergarbeiterverbände.

Blutige Unruhen

Moers, 2. Jan. Auf der Zeche Niederrhein in Neunkirchen kam es heute nachmittag zu Unruhen. In roher und unfähiger Weise wurden die arbeitwilligen Bergleute, die einfahren wollten, von etwa 500 Streikenden belästigt. Die Arbeitswilligen wurden erschlagen und mit Steinen beworfen. Auch sich ihnen die Streikenden weg. Die Neunkirchner Polizei, die zu schwach war, sah sich schließlich gezwungen, Verstärkung von Duisburg anzufordern. Mit Geohle und Schminnoworten wurde das Polizeiaufgebot empfangen. Da der Aufforderung, den Platz zu räumen, nicht Folge geleistet wurde, machten die Beamten vom Gummistiel Gebrauch und trieben die Menge auseinander. Die Polizei ist nach wie vor in Alarmbereitschaft und überwacht jeden Schichtwechsel. Starke Polizeistreifen patrouillieren in der Gemeinde Neunkirchen, um die arbeitwilligen Bergleute auf dem Wege zur Zeche zu schützen.

Moers, 2. Jan. Beim Einfahren der Nachtschicht kam es vor Schacht 5 der Zeche Rhein-Preußen zu großen Menschenansammlun-

gen. Als die Polizei die Streikenden zurückdrängte, wurde plötzlich aus der Menge geschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer und es kam zu einem regelrechten Feuergefecht, das mehrere Minuten andauerte. Ein Unbekannter, der Bahnarbeiter Hafflein, wurde von mehreren Kugeln getroffen. Im Mitternacht ist er im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen. Wie verlautet, sollen mehrere Personen leichte Verletzungen bei der Schießerei erlitten haben.

Die Absichten der Kommunisten

Der Vorsitzende des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bergarbeiterverband), Sülemann, hat sich in einer Unterredung mit dem Bochumer Mitarbeiter des Tempo über die durch die Streikaktion der revolutionären Gewerkschaftsopposition entstandene Lage im Ruhrgebiet dahin geäußert, daß das Endeziel der Bewegung seiner Ansicht nach die Gründung eines kommunistischen Bergarbeiterverbandes bezweckt. Sülemann glaubt, daß die kommunistische Streikaktion schon in kurzer Zeit zusammenbrechen werde, weil die überwiegende Mehrheit der Bergarbeiter einsehe, daß ihr mit beratigen Bewegungen nicht gedient sei. Trotz der kommunistischen Ueberwundlungserfolge auf einzelnen Schachtanlagen könne jedenfalls die Masse der Bergarbeiterkraft als fest in der Hand ihrer verantwortungsbewußten Führer bezeichnet werden.

Die Januaragung des Räterbundsrats

London, 2. Jan. (Eig. Draht.) Der englische Außenminister Henderson ist entsprechend dem Wunsch Dr. Curtius grundsätzlich bereit, bei der nächsten Sitzung des Räterbundsrats im Januar an dessen Stelle den Bolschewik zu führen. Die formelle Wahl des Vorsitzenden findet erst bei der Eröffnung der Sitzung statt.

Partei der Mörder

Wie lange sollen die Mordtaten der Nazi noch geduldet werden? - Beinahe jeden Tag eine nationalsozialistische Mordtat - Deutsche Richter als Begünstiger der nationalsozialistischen Terrorakt

Aus Berlin wird uns gedruckt:

Der blutige Terror der Salenkreuzer hat in der Neujahrnacht zum Teil aus Verstandeslosigkeit gefordert. Ein nationalsozialistischer Mordbube hat zwei junge Sozialdemokraten erschossen, nachdem er zuvor mit der Waffe in der Hand in die Wohnung des einen eingedrungen war.

Die nationalsozialistische Partei betont bei jeder Gelegenheit, daß sie ihr Ziel ganz legal verfolge. Unter „ganz legal“ verstehen ihre Anhänger mit offenem Terror den Bandenüberfall auf Andersdenkende und den Mordelms. Die Verbrechen von Koblenz, die das Leben von 100 Personen gefährdet und die Verletzung von 21 Personen durch einen Bandenüberfall auf einen Autobus herbeigeführt haben, kommen ebenso auf das Schuldkonto der nationalsozialistischen Partei wie die Mordbuben von Berlin.

Die Mordtötung in den Reihen der nationalsozialistischen Anhänger wird von ihren Führern, wie in ihrer Presse systematisch gefördert. Eine jede Rede der nationalsozialistischen Führer bezeichnet den politischen Gegner als lebensunwürdig, als Untermensch, den man am besten abtue. Die Reden über das Köpferrollen und Aufhängen auf ganz legalen Wege werden von denen, die sie anhören, sofort mit Dolch und Revolver in die Tat umgesetzt. Die nationalsozialistische Presse ruft ganz systematisch zu Gewalttätigkeiten auf.

Diesem Treiben gegenüber hat die Polizei vollständig verjaat, zum Teil aus Verstandeslosigkeit, zum anderen Teil, weil viele Gerichte nationalsozialistisch verurteilt sind, und weil es Richter gibt, die das Treiben der Nationalsozialisten durch ihre Rechtsprechung ganz offen begünstigen. In der republikanischen Bevölkerung ist über das Treiben der Salenkreuzerbanden wie über das Verfaulen der Schutzpolizei ein gewaltiges Maß von Empörung und Erbitterung herangewachsen. Aus ihren Reihen kommt immer lauter der Ruf: So darf es nicht weitergehen. Es ist höchste Zeit, daß die Staatsorgane energisch gegen das nationalsozialistische Mordtreiben vorgehen, denn die Erregung der republikanischen Bevölkerung wächst ungebunden, und die Republikaner sind keineswegs gewillt, sich von den Mordbuben mit dem Salenkreuzer wehrlos abhangeln zu lassen!

Sie verlangt aber auch, daß gegen die intellektuellen Urheber der nationalsozialistischen Verbrechen vorgegangen wird. Das Dragan des Götzeles in Berlin hat die Dreistigkeit besessen, dem Ermordeten die Schuld an dem Mord zuschreiben. Während selbst die Zeitungen Hugenbergs den Vergang bei der Berliner Bluttat richtig darstellten, ergeht sich das nationalsozialistische Blatt in den elenden Lügen unter der Ueberschrift: „Noter Mordgesindel wütet

Umsturz in Panama

New York, 2. Jan. (Eig. Draht.) Eine Revolution ist unipölich in Panama ausgebrochen. Die Aufständischen unter Führung des Oppositionsführers Armando Arias führten nach heftigen nächtlichen Straßenkämpfen den Regierungspalast und die übrigen Regierungskuppeln und nahen den Präsidenten Floriencio Pirofmena gefangen. Die herrschenden Revolutionäre bildeten eine militärische Regierung unter Arias, mit der der amerikanische Gesandte sofort Verhandlungen aufnahm. Auf der Kanalküste wurden amerikanische Truppen zum Schutze der amerikanischen Botschaft nach der Hauptstadt geschickt. Mindestens 8 Personen wurden im Straßenkampf getötet und zahlreiche verwundet. Der gefangene Präsident erklärte Pressevertretern, daß er freiwillig nicht zurücktreten gedenke. Eine amerikanische Intervention zum Schutze wichtiger Handelsinteressen ist angesichts der ungeklärten Lage wahrscheinlich.

Englisch-französische Gold-Kontroll-Konferenz

Paris, 2. Jan. (Eig. Draht.) Im Pariser Finanzministerium hat am Freitag eine wichtige englisch-französische Konferenz stattgefunden. Gegenstand der Verhandlungen bildete die Frage der Kontrolle der Goldbewegung zwischen Paris und London. Obwohl man auf französischer Seite erklärte, daß die internationale Ausprägung lediglich eine erste Maßnahme gewesen sei, ist doch schon eine praktische Maßnahme getroffen worden: Die Bank von Frankreich hat dem Vorbild der Federal-Reservebank ihren Diskontsatz von 2,5 auf 2 Prozent herabgesetzt, und so den Anreiz für den Kreditaufstrom nach Paris zu verringern. Weitere Verhandlungen sollen später zwischen den Notenbanken von Paris und London direkt stattfinden.

Marschall Joffre †

Wie uns soeben 10.25 Uhr mitgeteilt wird, ist der französische Marschall Joffre heute, Samstag, früh 8.23 Uhr, nach langem Leiden verstorben.

in der Silvesternacht.“ Das ist eben die Methode, mit der das Verbrechen, der Terror gegen Andersdenkende und der feige Mordelms herangezogen wird.

Die Partei Hillers ist eine Mörderpartei. Sie zählt mit Stolz die Fememörder zu ihren prominenten Mitgliedern. Sie preist öffentlich Mörder als Redner an, und die weniger Prominenten ihrer Mitglieder morden mit Dolch und Revolver in den Straßen. Die Verantwortung für die Berliner Bluttat vermag das nationalsozialistische Führer noch die nationalsozialistische Presse von sich abzuwälzen.

Von der Zeiten Schande

Stuttgart, 2. Jan. (Eig. Meld.) Zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es in der Neujahrnacht mehrfach zu Streitigkeiten. Bei einer derselben erhielt der Nationalsozialist Ernst Weinstein einen Messerstich in die Herzgegend, so daß er sofort tot zusammenbrach. Außerdem wurden dabei noch drei Kommunisten und 7 Nationalsozialisten teils leicht, teils schwer verletzt. Die Kommunisten behaupten, von den Nationalsozialisten angegriffen und zur Gegenwehr gezwungen worden zu sein. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Stuttgart, 2. Jan. (Eig. Meld.) In Bödingen bei Heilbronn wurde in der Neujahrnacht der Polizeioberwachtmeister Hörmann von iohlenen Burichen, die er zur Ruhe wies, überwältigt und zu Boden gerissen. Der Erdarbeiter Ficker entriß ihm seinen Dienstrevolver und gab damit zwei Schüsse auf den Beamten ab, der lebensgefährlich verletzt wurde. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Heimweherschahmeister und Bankkrach

Kleingewerbetreibende ums Geld gebracht

Die Grazer Süddeutsche Bank eine Gründung der Heimwehr, ist vor einigen Wochen zusammengebrochen. Nun wurden der Direktor Eizensoff und der Präsident Schellneger unter dem Verdacht des Betruges verhaftet. Eizensoff war der finanzielle Vertrauensmann der Heimwehrführer, und hatte auch verfügt, daß die Heimwehrgelder vor dem Bankzusammenbruch rechtzeitig zurückgegeben wurden. Der Direktor war auch an der Finanzierung verschiedener Heimwehraufmärsche beteiligt. Er war längere Zeit der Schahmeister der steierischen Heimwehr. Die durch den Bankzusammenbruch Geschädigten sind zum Teil kleine Erwerber, Beamte und Kleingewerbetreibende.

Die Stimme in der Wüste

Locarno, 30. Dezember 1930. (Eig. Bericht.)

Es gibt auch in Italien eine Kritik an dem Regime, die dem Spezialgericht unerreicht ist, nämlich die, die in der Aula des Senats geübt wird. Freilich bringt kein einziger Ton von ihr über diese Aula hinaus, denn die Presse hat strengstes Verbot, irgendein kritisches Wort abzubringen. So erfährt kein Mensch, daß man im italienischen „Oberhause“, unter den vom König aus der hohen Beamtenschaft, den Leuten mit hohen Jenius, Männern der Wissenschaft, Angehörigen des königlichen Hauses usw. auf Lebenszeit ernannten Senatoren, gelegentlich doch Kritik übt am Faschismus. Der Senator Cicotti, ehemaliger sozialistischer Abgeordneter von Neapel, war zu Beginn des Faschismus für die Diktatur eingetreten, von der er eine Ueberwindung der Nachkriegsfrühe erhofft hatte. Er wurde daher unter Mussolini zum Senator ernannt, was ihn nicht hinderte, bald das wirkliche Wesen der Diktatur zu erkennen und aus einem Verfechter ein energischer Gegner zu werden. Die Geheimorganisation „Giustizia e Libertà“ verbeitet nun in Italien eine Blütenlese aus seinen Reden, wie sie dem stenographischen Protokoll der Senatsitzungen entnommen wurde.

Am 31. Mai 1928 sagte Cicotti zum Budget über das Korporationsministerium, die Regierung wolle dem Lande einen „Bakard von mikratem utopischen Sozialismus und Staatssozialismus“ aufzwingen, und das lebendige Leben künstlich und zwangsweise versteinern, wie man das in der Zeit des byzantinischen Verfalls versucht hat:

„Jedermal, wenn sie uns mit neuen Entwürfen kommen, gebürden sie sich, als ob sie eine neue Welt entdeckt hätten, und oft kann man ihnen beweisen, daß sie, wie in diesem Fall, auf das verfallende römische Reich und auf Byzanz in der Zeit seiner Erklarung zurückzuführen sind. Mit dieser belästigenden und hindernden Regulierung wollen sie, wie mir scheint, der Nation und dem Staate die Zwangsjacke anziehen. Es handelt sich um eine übertriebene Orthopädie... Durch unheil Eilen, um die Glieder gerade zu biegen, riskiert man, daß sie rhabdillig werden.“

Bewundernswert sind die Wendungen und Biegungen, durch die der Redner es fertig bringt, die klogigsten Dinge in halbwegs höflicher Form zu sagen. Um die Verlogenheit der faschistischen Presse zu kennzeichnen, sagt er gelegentlich einer Bemerkung über die Streiks:

„Ich kann wirklich nicht sagen, ob es noch Streiks gibt oder nicht, bei der heutigen Lage der Presse. Ich werde Ihnen ein Beispiel geben. Der Ministerpräsident Mussolini hat in der Sitzung vom 12. ds. hier im Senat gesprochen, und es lag wirklich feinerlei Anstoß vor, daß die Senatoren, die ihm bei anderen Gelegenheiten ihre Hochachtung zum Ausdruck gebracht haben, sich von den Siben erheben und ihm Beifall spenden, ehe er auch nur den Mund aufhat. Trotzdem haben alle Zeitungen, die ich zu Gesicht bekommen habe, mit vielleaender Ueberstimmung diesen Vorgang besungen, von dem jeder meiner Herren Kollegen weiß, daß er sich nicht zugetragen hat. Angenichts dieses Beispiels, dem ich andere hinzuzufügen könnte, frage ich nun: hat es noch Streikveruche gegeben oder nicht?“

In einem wichtigen Vergleich zwischen Faschismus und byzantinischem Formelkram bringt Cicotti Mussolini mit großer Eleganz einige empfindliche Nadelstiche bei (Rede vom 14. März 1930):

„Wenn der Ministerpräsident nicht so beschäftigt wäre und sich auch denen zugunsten setze, die nicht lediglich seine Gedanken widerspiegeln, könnte man ihm die „Notitia dignitatum Orientis et Occidentis“ (Verzeichnis der Würden im östlichen und westlichen Reich) geben. Er würde in diesem Buche ein Beispiel dafür finden, wie man ein Land und einen Staat durch Formeln und Bittschriften zur Geltung bringt. Er würde dort sogar Modelle für Uniformen und Orden finden, die ungefähr denen unähnlich in der Gazzetta ufficiale veröffentlichten gleichen (hört! hört!).“

Einmal — am 24. Juni 1930 — unterbricht Mussolini den Redner und ruft, die Regierung hätte ihm durch Ernennung zum Senator ein vielleicht unangebrachtes Wohlwollen bewiesen. Cicotti gibt zur Antwort:

„Ich tue meine Pflicht als Senator und habe nie um die Ernennung gebeten. Ich spreche im Interesse des Staates. Wollte ich in meinem persönlichen Interesse sprechen, so würde ich wahrhaftig anders reden und anders handeln.“

In Italien weiß man, wie schon gesagt, von diesen Reden nichts. Das Ausland ist verblüfft, daß es möglich ist, dem Diktator solche Wahrheiten ins Gesicht zu sagen. Man darf sich nicht verhehlen, daß Cicotti durch seine Haltung kein Leben riskiert. Aber auf strafrechlichem Wege — nicht einmal auf dem des faschistischen Strafrechts — kann man Cicotti nichts anhaben.

Wie lange wird einen Mann, der solche Dinge in Rom zu sagen wagt, seine in der Verfassung verbriefte Immunität schützen?

Warum mißglückt die spanische Revolution?

Der Berichterstatter des Sos. Pressebüros hatte Gelegenheit bei Wiffingen in der Schelbembündung den belgischen Ozeandampfer „Thysville“ zu besichtigen und den Rest der Reise bis Antwerpen in Gesellschaft des spanischen Fliegens und Revolutionärs Franco mitzumachen, der nach dem Scheitern des Aufstandes von der Madrider Luftwaffe nach Portugal floh, um sich dann von Lissabon nach Belgien einzuschiffen. Franco, dessen aus einer selbständigen Soldatenbande, einem Zivilrot und Kettierrot bestehender Ansatz einen merkwürdig improvisierten Eindruck machte, war bester Laune und voller Hoffnung für den baldigen Sieg der spanischen Revolutionsbewegung. Er gab Gründe für seine Zuversicht und sprach auch offen über die Ursachen des vorläufigen Scheiterns.

Vom politischen Gesichtspunkt aus, so äußerte er sich, war die Bewegung vorzüglich vorbereitet worden. Ihre Grundlagel war der sogenannte Pakt von San Sebastian zwischen den spanischen Revolutionären und den fatalistischen Autonomen, auf der Basis der föderalen Republik. Die Sympathien der ganzen Bevölkerung waren nicht zweifelhaft. Insbesondere unterstützten nur die hohe Geistlichkeit und die Kirchenfürsten, die hohen Offiziere der Armee, insbesondere der Artillerie, ferner die Aristokratie, die Großbourgeoisie und die Finanz das monarchistische System. Das Volk in Stadt und Land, die freien Berufe, ein großer Teil des niederen Klerus und selbst der Armeel sind gegen die Monarchie.

Aber die Bewegung schlug fehl infolge der ungenügenden technischen Vorbereitungen. Der verkehrte Zustand in Cata ermöglichte es der Regierung, Gegenmaßnahmen zu treffen, darunter namentlich auch die Verhaftung aller republikanischen und revolutionären Führer in Madrid, gerade an dem Tage vorzunehmen, bevor der Aufstand in der Hauptstadt ausbrechen sollte. In Abwesenheit der Führer konnte der geplante Generalstreik, auf den die Aufständischen unbedingt gerechnet hatten, nicht ordnungsgemäß proklamiert und reiflos durchgeführt werden. Das ist nach Franco der eigentliche Grund der Niederlage.

Tschechisch-ungarischer Zollkrieg

Pras, 2. Jan. (Eig. Drabt.) Der tschechisch-ungarische Zollkrieg beginnt sich schon auszuwirken. In der Slowakei mußte eine Leberfabrik ihren Betrieb einstellen und alle Arbeiter entlassen, da sie nicht mehr nach Ungarn exportieren kann.

„Europa am Scheidewege“

Deutschland ein Abbild des heutigen Europa

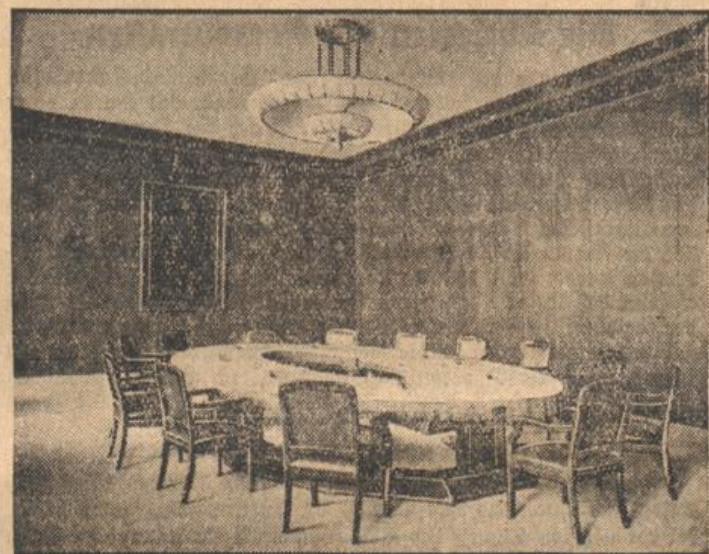
In einem „Europa am Scheidewege“ überschriebenen Artikel, verleiht die Times in London die jetzige Lage mit der vor 100 Jahren, wo mit der französischen Revolution die liberale Gegenbewegung gegen das System Metternichs begann. Die Times sagt u. a.: Wieder bildet die parlamentarische Regierungsform das Hauptproblem, um das es bei der europäischen Politik geht. Beinahe überall wird die Entartung des parlamentarischen Systems zugesehen, aber die Diktatur gilt nicht als letztes Wort und hat in vielen Fällen lediglich Zustimmung gefunden infolge eines vorübergehenden Widerwillens gegen die zur Wirksamkeit verdamnte Geschwähigkeit, die in öffentlichen Versammlungen zutage tritt. Aber auch, wo eine Diktatur erst errichtet worden ist, gibt es heftigen Widerstand, und dieser wirkt um so stärker, je länger der Allgemeinheit die politischen Freiheiten vorenthalten werden. Die Times weist weiter darauf hin, daß häufig eine sonderbare Verbindung der neuen Autorität mit dem Sozialismus wahrnehmbar ist und bemerkt in diesem Zusammenhang: Manche Leuten sind sich bewußt, daß ein durchwegs bekannter Klang, und in der letzten Reichstagsitzung, in der es sich um Hilfe bei Bergwerkskatastrophen handelte, waren die Anmerkungen der Anhänger Hitlers in der Debatte ihrer Angriffe gegen kapitalistische Zehnpfenniger von denen der Kommunisten nicht zu unterscheiden.

Am Schlusse des Artikels heißt es: Zwischen den Bolschewisten und Faschisten haben die mittleren Parteien Mühe, ihr Terrain zu behaupten. Das kleine Defizit allerdings hat seit den letzten Wahlen einen bemerkenswerten Sieg zusammengefaßter politischer Grundlätze davongetragen. In Deutschland hat Dr. Brüning unter Zuhilfenahme verfassungsmäßiger Notstandsverordnungen einen

schweren Stand. Deutschland mit seinen 107 „Nazis“, seinen 70 Kommunisten und einer aus verschiedenartigen Parteien zusammengesetzten knappen Mehrheit der mittleren Parteien und seiner wirtschaftlichen Not und Arbeitslosigkeit, ist ein getreues Abbild des heutigen Europa, und es kann sein, daß die weitere Entwicklung in Deutschland Wirkungen hervorruft, die weit über seine Grenzen hinausgehen.

Neuworf, 2. Jan. Zum Jahresbeginn beschäftigen sich die Blätter sehr eingehend mit dem internationalen Schuldenproblem. Times und Herald Tribune veröffentlichen die Neujahransprachen des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichministers Dr. Brüning in voller Ausführlichkeit. Herald Tribune bringt die Ansprachen auf der ersten Seite mit der Ueberschrift „Führer des Reiches bezeichnen die Revision des Youngplans als Ziel des Jahres 1931“. Der Londoner Berichterstatter der Times befaßt sich in einem längeren telegraphischen Bericht mit der englischen Einstellung zum Schuldenproblem und betont, daß die englische Geschäftswelt die Streichung der Schulden sowohl im europäischen wie auch im amerikanischen Interesse als notwendig erachtet.

Schließlich macht auch der Bankier James Speyer in einem Artikel, der von den Blättern veröffentlicht wird, auf die nachteiligen Folgen aufmerksam, die sich zwangsweise aus der für Deutschland bestehenden absterblichen Notwendigkeit, seine Ausfuhr unter allen Umständen zu steigern, für den amerikanischen Handel ergeben müßte. Wenn man auch von Amerika keine Streichung der gesamten Schulden erwarten dürfte, so sollte doch Owen Youngs kürzliche Meinung befolgt und den Schuldnern gegenüber Milde geübt werden.



Die Reichstanzlei im neuen Heim

Die neue Tagungsstätte des Reichskabinetts. — Der atot: Sitzungssaal im neuen Gebäude.

Sondervorstellung des Remarque-Film in Wien

Wien, 2. Jan. (Eig. Drabt.) Am Samstag abend um 11 Uhr findet im Apollo-Kino eine Aufführung des Remarquefilms vor seltsamen Gästen statt. Um 8 Uhr abends wollen die Nationalsozialisten vier Protestveranstaltungen gegen den Film abhalten, von denen drei in der nächsten Nähe des Kinos sind. Man rechnet daher mit Störungen und die Polizei will, wie berichtet wird, das Haus in weitem Umkreis umstellen, so daß nur Personen mit Karten in das Kino gelangen können. Vom 7. bis 18. Januar will die sozialdemokratische Kunststelle täglich drei Vorstellungen des Remarquefilms geben, und hat zu diesem Zweck das Scheidekind für 12 Tage gemietet. Da damit gerechnet wird, daß alle österreichischen Landesregierungen, mit Ausnahme der Wiener, den Remarquefilm verbieten dürften, will, wie die Abendblätter berichten, die amerikanische Filmgesellschaft, die den Film ausführt, die österreichische Zensur einstellen. Sie hat bereits den Anträgen dieser Zensur gefolgt. Wie die Wiener Allgemeine Zeitung berichtet, soll auch in Deutschland nur eine kleine Niederlage bestehen bleiben.

Schulreaktion in Nazi-Braunschweig

Reichsminister Franzen lobt sich in einer geradezu lächerlichen Weise im Volkschulwesen des Landes Braunschweig aus. Er hat am Mittwoch 26 diffidentlichen Volksschullehrern mitteilen lassen, daß sie zum 31. März 1931 entlassen seien. Unter den 1860 Lehrkräften im Mittel- und Volksschulwesen des Landes Braunschweig befinden sich 96 Diffidenten, von denen 50 unwiderruflich angestellt sind, 26 innerhalb der ersten drei Jahre widerruflich angestellt und 20 als Hilfsarbeiter beschäftigt werden. Die 26 widerruflich angestellten Lehrer sind also am 31. März entlassen, während die 20 diffidentlichen Hilfslehrer gar nicht mehr zur Anstellung gelangen sollen.

Verkauf von Reichsbahnaktien

Zwischen dem Reichsfinanzministerium und der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank AG. ist eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach letztere vom Reich einen Posten Reichsbahnvorsorgeaktien von nominal 64 Millionen käuflich erworben hat. Der Kaufpreis ist im Laufe des Monats Februar 1931 an das Reich zu zahlen.

Jubiläumstagung des niederländ. Diamantarbeiterverbandes

Amsterdam, 2. Jan. (Eig. Drabt.) Anlässlich des 25jährigen Bestehens des niederländischen Gewerkschaftsbundes fand am Freitag eine große historische Festigung im Gebäude des niederländischen Diamanten-Arbeiterverbandes statt, an der alle noch am Leben befindlichen früheren Vorstandsmitglieder teilnahmen. Die Festrede hielt Genosse Dennis Polof. Der historischen Festigung ging die Eröffnung der großen Filmreihe voraus, die auf Veranlassung des niederländischen Gewerkschaftsbundes als zusammenfassende Darstellung des ganzen niederländischen Wirtschaftslebens unter dem Gesichtspunkt der kämpfenden Arbeiterklasse angefertigt wurde und „Triumph“ betitelt ist. Alle großen gewerkschaftlichen Verwaltungsgedäude Amsterdams sind am Freitag und den nächsten Abenden illuminiert.

Hakenkreuzlerstrolche verurteilt

Kobura, 31. Des. Am 28. November veranstaltete die Sozialdemokratische Partei in Kobura eine Kundgebung, in der der Reichstagsabgeordnete Dr. Soegner sprach. Als die Teilnehmer an der Kundgebung aus der Gegend von Neustadt in sechs Lastautos nach Saue fuhren, wurde auf sie durch im Hinterhalt lauernde Hakenkreuzler ein planmäßiger Überfall ausgeführt. Die sechs Autos wurden mit Steinen, Bierflaschen und anderen Wurfgegenständen bombardiert, so daß die Fenster der Führerseite zertrümmert wurden. Der Chauffeur des letzten Lastautos wurde durch eine Bierflasche so schwer am Kopf verletzt, daß er die Gewalt über den Wagen verlor. Das Auto fuhr über die Straßenböschung hinab und überlag sich. 43 Menschen befanden sich in dem Auto, von denen mehrere schwer verletzt wurden.

Die Polizei stellte die Täter fest, die sich jetzt vor dem Koburger Gericht wegen Landfriedensbruchs zu verantworten hatten. Der Hauptangeklagte erhielt sechs Monate Gefängnis, zwei Angeklagte je vier Monate Gefängnis und zwölf Angeklagte je drei Monate Gefängnis. In Anbetracht der Tatsache, daß diese Hakenkreuzlerstrolche mehr als 100 Menschenleben gefährdet und neben erheblichem Sachschaden ernste Verletzungen von mehreren Personen herbeigeführt haben, ist dies Urteil außerordentlich milde!

Amerika gegen Revolutionsregierung in Guatemala

Neuworf, 3. Jan. (Funkdienst.) Der neu gewählte provisorische Staatspräsident von Guatemala, José Reina Andrade, hat am Freitag das Präsidentenamt vom Revolutionsführer Drexler übernommen. Drexler ist unter dem Druck der amerikanischen Bundesregierung zurückgetreten, die die Anerkennung seiner revolutionären Regierung verweigert hat. Der neue Präsident kündigte die Ausschreibung ordentlicher Präsidentenwahlen für den 15. Februar an. Das neu gewählte Regierungshaus soll das Amt am 1. März übernehmen.

Blutige Bandenrevolten in Nicaragua

SPD. Neuworf, 3. Jan. (Funkdienst.) Die amerikanischen Besatzungskommandos in Nicaragua melden das Wiederaufblühen blutiger Bandenrevolten im Norden des Landes. Eine amerikanische Marinebrigade von 10 Soldaten wurde bei Ficaltaga überfallen. 8 Marineoffiziere wurden getötet, 2 schwer verletzt. Die Aufständischen verloren 11 Tote und 3 Schwerverletzte und zogen sich in unzugängliche Berggebiete zurück. Derzeit lebende Armeeformationen konnten die verwundeten Marineoffiziere bergen.

Aus aller Welt

Großer Erdbeben in Norwegen

MTS. Oslo, 2. Jan. Ein großer Erdbeben ereignete sich heute früh am Fluss Glom in der Nähe von Sarpsborg. Durch die in den Fluss gestürzten Erdmassen wurde die Schifffahrt einige Stunden behindert, doch ist die Fahrtrinne jetzt wieder passierbar. Menschenleben hat das Ereignis nicht gefordert. Der Materialschaden ist noch nicht bekannt, doch dürfte er beträchtlich sein. In den Ortschaften in der Nähe von Sarpsborg und Fredrikstad ist die Ueberflutungsgefahr größtenteils gestillt.

Raubüberfall in Marienhof

Emden, 2. Jan. Auf die Ems- und Darlehenkasse in Marienhof (Ostfriesland) wurde heute abend ein Raubüberfall verübt. Den Tätern, es handelt sich um drei Personen, sollen nach ersten Mitteilungen rund 10.000 M in die Hände gefallen sein; Einzelheiten fehlen noch. Auf Benachrichtigung von Landbürgern hat sich eine Anzahl Emdener Kriminalbeamter nach dem Tatort begeben.

Musikhande

Berlin, 1. Jan. (Funkdienst.) In der Neujahrnacht wurde der 39 Jahre alte Obzuchtler Max Saage aus Glindow bei Berlin unter dem dringenden Verdacht der Musikhande verhaftet. Er war kurz vor Weihnachten von der Potsdamer Strafkammer von der Anklage der Musikhande freigesprochen worden, obwohl in seine beiden Töchter schwer belästigt. In der Nacht zum 31. Dezember verging sich Saage an seiner 18jährigen Tochter, die am anderen Morgen sofort Anklage erstatte. Als die Beamten ins Haus kamen, schnitt Saage sich mit einem Rasiermesser die Halsknochen auf. Saage wurde ins Berliner Staatskrankenhaus überführt.

Die Aufständischen von Burma übermächtig

Bombay, 2. Jan. (Eig. Drabt.) Die Aufständigen in Burma sind nun von den englisch-indischen Truppen übermächtig worden. Sie hatten sich zuletzt in einem Palast auf dem Gipfel eines Hügels, der vom Dschungel des Dschungels umgeben ist, verschanzt. Der Palast ist nun von den Truppen erklimmet worden. Die Mehrzahl der Führer der Aufständischen kam dabei ums Leben.

Marshall Joffres langer Tobestampf

Paris, 2. Jan. (Eig. Drabt.) Im Befinden des Marzchalls Joffre ist immer noch keine Benderung eingetreten. Seit über 24 Stunden liegt der Kranke in tobefähiger Ohnmacht, Kopf und Atemmaske atmend, ohne aber nur ein Glied zu rühren.

Freistaat Baden Jugend und Oberlehrertum

In seiner Süddeutschen Korrespondenz äußert sich Herr Adam Röder über die Jugend und das im nationalsozialistischen Fahrwasser liegende Oberlehrertum. Er schreibt u. a.:

„Die Nationalsozialisten sind überall im Reich, sei es im Parlamentarisch-Politischen, sei es im Gesellschaftlichen, eine schwere Belastung. Die Verantwortung aber kommt von der unheimlichen, hemmungslosen, unerfahrenen, geistig und moralisch undisziplinierter Jugend. Die Vorkämpfer sind nur schwer zu diesem Erkenntnis zu bringen. Seit beinahe 20 Jahren arbeiten sie darauf hin, die Jugend zu „emanzipieren“, sie aus der Kontrolle der Erwachsenen zu entlassen und selbständig zu machen.“

Die Weimarer Verfassung gab den Schluß, indem sie 20-Jährigen als gleichberechtigt an die Wahlurne rief. Die Vorkämpfer der Jugend liefen auf ihrer Seite. Das war einmal. Im vorigen Jahrzehnt war die akademische Jugend die Bannerträgerin der Ideen der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. Sozialismus als sozialpolitische Ideologie und der Militarismus mit seinem gesellschaftlichen Potential des Kämpfers gegen das abendliche Jugend ins Lager des Besseren und der Macht geführt. Macht haben, Macht üben, mit den Weimarer im Konzern sein — das war die neue Ideologie der im kulturpolitischen liberal gebildeten Schichten mit ihrem Jugend-Anhänger. Im Stillsitzen und Kulturpolitischen sind die Nationalsozialisten durchaus liberal; wäre ihr Vorkämpfer, Herr Adolf Hitler, fähig, diese Anschauung ins Philosophische zu erheben, so hätte er auch auf diesem Gebiet weltanschauliche Grundlagen geschaffen. So aber bleibt in der Jugend nur die rote gestimmte Vorkämpferin und das Gefühl für Macht — Macht auf allen Gebieten, losgelöst von den religiös intendierten Postulaten der Ethik. Das war von je so.

Eine ganz inessentielle Sekundär-Garnitur der Nationalsozialisten, aber kulturpolitisch liberalen Schicht ist das Oberlehrertum. Es hat sich schon im Krieg unliebsam hervorgetan. Es war die Klasse ausnahmslos aller Soldaten, die im schweren Kampf standen, das gerade der Reserveoffizier akademisch-schulhaften Herkommens die meisten Helden, die härtesten, rücksichtslosesten Kommandeure waren. Mit den Resten eines mangelhaft verordneten humanistischen Erbes besetzt, spielten sie die Lazarettmänner und hellenischen Helden; alles andere waren „Barbaren“, Nicht-Nationale, also vor allem die Juden. In dieser Richtung war die „Politik“ aufgezogen. Es ist zu bemerken, daß natürlich keine nicht alle akademisch gebildeten Pädagogen so eingestellt waren; es gab und gibt starke Kreise von Jugendbildnern, die die Barbaren der antiken Welt zum Vorbild genommen haben, man darf auf die im republikanischen Lehrerbund vereinigten Erzieher hinweisen.) Es wäre zu hoffen, daß die Vorkämpfer aus diesen Kreisen lernen. Einer ihrer bedeutendsten Räte, Herr Sverding, sagte während in diesen Tagen im Parlament. Die Jugend hat mich stets zum Freund. Ich halte es aber nicht für richtig, daß die Vorkämpfer der Jugend jeden Tag lesen. Ihr allein seid unsere Hoffnung. Es gibt auch noch manche Älteren, die nicht so jenseitig wie manche Zwanzigjährige, und psychologisch ist das demoralisierende der Jugend ein Fehler.“

Nationalsozialistische Wirtschaftskomödie

Die Nationalsozialisten haben bekanntlich im Reichstag gegen die 20 Prozent Abgabe von allen Vermögenden über 500 000 M., gegen die 20 Prozent Steuer auf Einkommen über 50 000 M. und gegen die 20 Prozent Zantimmens und Dividendensteuer gestimmt. Sie haben die sofortige Einstellung der Vermögensgegenstände und den sofortigen Austritt aus dem Vorkämpferbund nicht mitgemacht.

Diese Vorkämpfer gehen der Angehörigen der Nationalsozialisten eine harte Nuß zu machen und zahlreiche Wähler der Nationalsozialisten bei den letzten Reichstagswahlen stellen allerdings Betrachtungen an über die Relation von Versprechen und Saiten. Den nationalsozialistischen Propagandachefs sind diese Dinge sehr unangenehm, da sie zur Aufklärung über die Nationalsozialisten wesentlich beitragen. Und sie fordern daher neue demagogische Vorstöße. Die nationalsozialistische Fraktion des badischen Landtags ist sofort in diese Kommandolinie eingeschwenkt und hat verschiedene Anträge gestellt, die praktisch zwar keinelei Wert haben, da sie Dinge betreffen, die nicht den badischen Landtag, sondern den Reichstag angehen. Immerhin verprechen sich jedoch die Nationalsozialisten anlässlich ihrer neuesten Demagogie einen gewissen Agitationserfolg. Da ist nun aus dieser Antragsliste folgender Antrag interessant:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung wolle bei der Reichsregierung vorstellig werden, einen Gesetzentwurf einbringen folgenden Inhalts: Das gesamte Vermögen der Bank und Sparkassen, der seit 1. August ausgetretenen Diäten und sonstigen Fremdkapitalien, ihre Familien und Familienangehörige, ferner der seit diesem Tage durch Krieg, Revolutionen, Inflationen, oder Deflationen erwerbten Vermögenszuwachs wird zum Wohle der Allgemeinheit des deutschen Volkes entschädigungslos enteignet.“

Was den letzten Teil des Antrags betrifft, so dürfte, selbst wenn es möglich wäre, heuerlich alles bis zum letzten Pfennig zu erfüllen, es schwerer fallen, auf diese Weise größere Steuergewinne einzufahren, denn wie selbst die nationalsozialistischen Wirtschaftshelfer wissen dürften, sind die Kriegs- und Inflationsgewinne bereits längst den Weg aller Irdischen gewandert und zerronnen, und wer auch nur einigermaßen mit offenen Augen durch die Welt geht, weiß, daß diese Kreise, die in der Inflationszeit sich in Gold und Perlen sonnten, heute in schwerer Armut kaum das Notdürftige aufbringen. Auf diese Weise läßt sich die Steuerlast des Reiches und der Länder nicht heben, mögen vielleicht auch die allerärmsten der nationalsozialistischen Nachläufer auf solchen Reim hineinfallen.

Was jedoch die Enteignung der gesamten Vermögen der Bank und Sparkassen betrifft, so wäre es interessant, wenn sich diesbezüglich die nationalsozialistische Fraktion mit den Großbankern der Nationalsozialisten, Herrn von Stauff und Herrn Dr. Solmsen, den gewaltigen Bankfürsten der Berliner D-Banken, auseinandersetzen würden, wobei wir allerdings raten würden, um die Sache in einem Aufwache zu erledigen, den Antrag auszudehnen auf Enteignung des Großgrundbesitzes sowie der Bergwerks- und Großindustrie, damit die nationalsozialistischen Ideen in Dilettant und im Reich des Herrn Röder, wofolbst bekanntlich Hitler erst in den letzten Tagen einen großen Wirtschaftsvortrag hielt, etwas „mehr schmackhaft“ werden.

Textilarbeiternot

Unhaltbare Lohnpolitik in der Textilindustrie — Will man Demonstrationen der Not?

Die Textilindustriellen scheffeln wohl die höchsten Dividenden und zahlen die niedrigsten Löhne in der deutschen Industrie, aber die Konjunktur der Lohnabbauversprüche nehmen sie auch noch mit, obwohl sie die Löhne der Textilarbeiter und -arbeiterinnen mit Hilfe des „kalten Lohnbaues“ schon gesenkt haben. In welchem Ausmaße hat die Eingabe des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes an die Reichsregierung geseit. Nun sollen die Schlichter auf diesem Wege noch weiter helfen.

In Württemberg besteht in der Textilindustrie seit eineinhalb Jahren schon kein Lohnstarif mehr. Um nur die Löhne doch noch weiter zu senken, haben die württembergischen Textilindustriellen ihren sämtlichen Arbeitern zum 12. Januar gekündigt und gleichzeitig mitgeteilt, daß die Löhne abgebaut werden sollen, und zwar in dem selbst für Textilindustrielle nicht begehenden Ausmaß von 10 bis 30 Prozent. Dabei muß man wissen, daß in Württemberg der Lohn des Tagelöhners nur 68 Pfa. die Stunde beträgt und die Löhne der Frauen dort noch niedriger sind als anderwärts. In Betracht kommen etwa 56 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Textilindustriellen Koerbaner haben zu Mitte Januar den Lohnstarif gekündigt, gleichfalls mit der Absicht, die Löhne abzubauen. Dasselbe haben die Textilindustriellen Südbaners getan, die zugleich auch den Lohnstarif gekündigt haben. Auch hier kommen etwa 55 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht.

Auf dem gleichen Wege haben sich die Textilindustriellen von Mährisch-Schlesien gegeben, die den etwa 26 000 Arbeitern und Arbeiterinnen die Löhne abbauen wollen.

Im Ruhrgebiet (Eberfeld-Barmen), wo etwa 25 000 bis 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilindustrie beschäftigt werden, sind die Verhandlungen über den von den Arbeitnehmern verlangten Lohnabbau gescheitert. Die Gewerkschaften haben vor dem Schlichtungsausschuß den Antrag gestellt, die Verhandlungen auszusetzen, bis festgestellt ist, wie weit bereits auf dem Wege des

kalten Lohnbaues die Löhne gesenkt worden sind. Die Textilindustriellen von Düren, die etwa 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, haben gleichfalls den Lohnstarif am Ende Januar gekündigt; natürlich nicht, um die Löhne zu erhöhen.

In der Tuchindustrie von Neumünster, wo etwa 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig sind, ist gleichfalls der Lohnstarif gekündigt worden. Die Verhandlungen, die daraufhin stattgefunden haben, sind gescheitert.

Bei diesem Vorgehen der Textilindustriellen muß besonders berücksichtigt werden, daß nur etwa 40 Prozent der noch beschäftigten Textilarbeiter noch beschäftigt ist, das heißt, daß 60 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen verlornt arbeiten. Bei dem niedrigen Lohnniveau der Textilarbeiter kann man sich leicht ausrechnen, wie viel oder vielmehr die Arbeiter und Arbeiterinnen heute verdienen. Viele dieser Arbeiter und Arbeiterinnen verdienen heute weniger, als wenn sie arbeitslos wären und Arbeitslosenunterstützung beziehen würden. Diese Hungerlöhne sollen noch weiter vermindert werden. Dabei muß noch folgender Umstand berücksichtigt werden: Die Textilindustrie hat ihre Hauptzentren nicht in Großstädten, sondern in großen Industriedörfern, wo die gesamte Familie in der Textilindustrie beschäftigt wird. Nun ist es heute sozusagen die Regel, daß mehrere Mitglieder der Familie arbeitslos sind, aber infolge der jetzigen Regelung der Arbeitslosenunterstützung Unterstützung nicht beziehen, weil noch ein oder zwei Mitglieder innerhalb der Familie vorhanden sind, die Arbeit haben.

Daß den Textilindustriellen diese Not gleichgültig ist, daß sie durch ihre Lohnpolitik das Elend der Textilarbeiter noch verschärft, wird niemandem mehr übersehen. Was anderes aber ist es, wenn die staatlichen Schlichtungsbehörden etwa geneigt sein sollten, sich als Anführer von Hungerrevolten zu betätigen. Ein Lohnabbau in der Textilindustrie sozusagen von Amte wegen muß zu gefährlichen Zuständen führen.

Bestrafte Verleumdung

Aus Freiburg wird uns berichtet: Als während der Reichstagswahlbewegung in einer von der Staatspartei einberufenen Versammlung in der Freiburger Festhalle ein Diskussionsredner den anwesenden Finanzminister Dietrich ersuchte, die Kapitalverschlebung nach dem Ausland mit allen Mitteln zu bekämpfen, rief der Student Ludwig Sieber aus Kappelstadt dazwischen: „Und Minister Kemmele, der eine Villa in der Schweiz baut!“ Minister Kemmele, der davon Kenntnis erhielt, stellte Strafantrag. Der Zivilrichter erhielt einen Strafbefehl von 100 M., gegen den er Einspruch erhob, weshalb die Sache heute vor dem Einzelrichter zur Verhandlung kam. Der Angeklagte war nicht erschienen, es wurde ohne sein Wissen verhandelt. Sein Verteidiger vertrat die Auffassung, der Angeklagte habe lediglich mit dem Zivilprozess anfragen wollen, ob es wahr sei, daß Kemmele eine Villa in der Schweiz baue. Demgegenüber behaupten zwei Zeugen, ein Geschäftsmann und ein Polizeibeamter, der Zivilrichter habe sich längtsamerischer und ein Polizeibeamter, der Zivilrichter habe sich nicht mit der Anfrage vom Angeklagten verhalten, man habe von vorneherein angenommen, S. habe selbst an den Wäldern gebaut; wäre man überzeugt gewesen, daß er wider besseres Wissen handelte, so würde eine Freiheitsstrafe am Platze sein. Eine Geldstrafe von 100 M. sei aber ausreichend. Der Verteidiger führte dann noch u. a. aus, wenn das Gericht nicht auf Freisprechung erkennen würde, so sei es doch angebracht, die Geldstrafe bedeutend zu ermäßigen, denn man möge bedenken, daß es sich um einen jungen Mann ohne politische Reife handle. — Der Einzelrichter erkannte in Uebereinstimmung mit dem Strafmandat auf 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis, auch hat S. die Kosten zu tragen. Minister Kemmele wird die Publikation des Urteils in der Karlsruher Zeitung zugeprochen. In den Urteilsgründen wird hervorgehoben, der 27jährige Angeklagte müsse als Akademiker sozial einfließen besitzen, daß er wissen müsse, einen Exponenten des Staates darf man nicht in dieser Weise beleidigen.

Kleiner Grenzverkehr an deutsch-schweizerischer Grenze

Im badischen Gebiet, und Verordnungsbefehl wird eine Bekanntmachung des Präsidenten des Landesfinanzamts Karlsruhe veröffentlicht, derzufolge der Uebernahme der zollfreien Einfuhr von gewöhnlichem Backert und von Mülleierzeugnissen — mit Ausnahme von Reisgrieß und gewaltem Reis — in Mengen bis zu je 3 Kilogramm im Einzelnehmen mit dem badischen Minister des Innern und nach Benehmen mit der Eidgenössischen Oberzolldirektion in Bern mit Wirkung vom 15. Januar 1931 ab Hausstandsarten eingeführt werden. Die Karten werden von den Bürgermeistern der im Zollgrenzgebiet gelegenen Gemeinden für jeden selbständigen Haushalt auf Antrag des Haushaltsvorstandes auf dessen Namen und für ein Rollenjahr ausgestellt. Die Karte berechtigt den Haushaltsvorstand oder seine Familienangehörigen dazu, von ihr einmal täglich zur Einfuhr der soffizienten Menge für den eigenen Bedarf des Haushalts Gebrauch zu machen. Die Einfuhr darf nur während der arbeitsfreien Dienststunden auf einer Zollstraße und über eine Zollstelle stattfinden, über die sich der übliche grenzüberschreitende Verkehr der Bewohner des Wohnortes des Antragstellers abwickelt. Im Bedarfsfalle kann das Hauptzollamt Ausnahmen zulassen, insbesondere für den Arbeiterverkehr.

Gewerkschaftliches

Der Metallkonflikt in Köln

SPD. Köln, 3. Jan. (Funkdienst.) Im Lohnstreik in der Kölner Metallindustrie, in dem die Gewerkschaften einen Schiedspruch mit 42 Prozent Lohnabbau angenommen, die Arbeitgeber aber abgelehnt hatten, hat der Schlichter auf Erträgen der Gewerkschaften die Parteien setzen zu normalen Verhandlungen eineladen. Nach fünfzehntägigen Beratungen machte er abends einen Vermittlungsvorschlag, die Betriebe bis auf weiteres zu den alten Lohnsätzen weiterlaufen zu lassen. Bis Donnerstag haben sich beide Parteien zu erklären.

SPD. Köln, 31. Dez. (Eig. Drahtber.) Im Tarifkonflikt in der Kölner Metallindustrie haben die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften (Deutscher Metallarbeiterverband, Christlicher Metallarbeiterverband, Gewerkschaft Deutscher Metallarbeiter, Deutscher Solbarbeiterverband und Christlicher Solbarbeiterverband) in einem Aufruf ihren Mitgliedern empfohlen, das Angebot der Arbeitgeber in der Form, wie es gemacht worden ist, unter allen Umständen abzulehnen, dagegen der Firma anzubieten, die Arbeit zu

den alten Arbeitsbedingungen solange fortzusetzen, bis der Lohnstreik in der Metallindustrie vor den Schlichtungsinstanzen erledigt ist. Wenn die Arbeitgeber darauf nicht eingehen, empfehlen die Gewerkschaften ihren Mitgliedern, den Arbeitgebern das Angebot zu machen, zunächst die Affordarbeit ganz einzustellen und die Arbeit am alten Stundenlohn ebenfalls bis zur Beendigung des Lohnstreiks fortzusetzen. Von den Gewerkschaften ist der Schlichter unterdessen angerufen worden.

Lohnsenkung in der Wuppertaler Textilindustrie

Wuppertal, 2. Jan. Der staatliche Schlichtungsausschuß faßte unter dem Vorsitz des Beigeordneten Dr. v. d. S. die Beschlüsse, der eine Senkung der Löhne in der Wuppertaler Textilindustrie um 7 Prozent vorzuschlagen. Gleichzeitig wird eine Anzahl Tarife für die Wuppertaler, Gummiwarenindustrie, sowie auch in der Kunstseidenindustrie gekürzt oder gestrichen. Der Schiedspruch tritt am 16. Januar in Kraft und gilt für über 40 000 Arbeiter.

Streikgefahr in der bergischen Metallindustrie

Remscheid, 2. Jan. Die kommunistische Gewerkschaftsopposition des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Remscheid beschloß heute, aus Protest gegen den letzten Schiedspruch, der einen sechsprozentigen Lohnabbau vorsieht, in den Streik zu treten. Im Laufe des Tages kam es bereits bei mehreren Fabriken zu Stilllegungen. Am Abend ist ein Streik in der Remscheid am Streik beteiligten. Die Streikenden versammelten heute zusammen mit den Erwerbslosen große Kundgebungen, bei denen es zu kleineren Zwischenfällen mit der Polizei kam. Die Streikenden haben bereits Ausschüsse gebildet und wollen gemäßigt durchsetzen, daß alle Remscheider Fabriken stillgelegt werden.

Schiedspruch für die rechtsrhein. Textilindustrie

SPD. Köln, 31. Dez. (Eig. Drahtber.) Für die rechtsrheinische Textilindustrie wurde nach 14 Stunden langen Verhandlungen ein Schiedspruch gefaßt, nach dem vom 16. Januar 1931 an die Lohnsätze um 7 Prozent gesenkt werden. Diese Regelung gilt zunächst bis 15. Juli 1931.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 3. bis 12. Januar 1931.
Am Landestheater: Samstag, 3. Januar: *A 12. Th.-Gem. 1101 bis 1200. Zum ersten Mal: Elisabeth von England. Schauspiel von Ferdinand Bruckner. 20—23 Uhr (3.—). Sonntag, 4. Januar: *E 12. Th.-Gem. 1401—1500. Die Wachtel. Von Wagner. 18—22.30 Uhr (8.—). Montag, 5. Januar: *C 13. Th.-Gem. 101—200. Elisabeth von England. Schauspiel von Ferdinand Bruckner. 20—23 Uhr (5.—). Dienstag, 6. Januar: Nachmittags: Der große Christoph. Weihnachtsspielen von Ulrich von der Trenck. 15—17 Uhr (3.—). Abends: *B 12. Th.-Gem. 1—100 und 301—400. Der süßliche Streif. Operette von Johann Strauss. 20—23 Uhr (7.—). Mittwoch, 7. Januar: *D 13. Th.-Gem. 20 bis 21.50 Uhr (5.—). Donnerstag, 8. Januar: *D 13 (Donnerstagnacht). Th.-Gem. II. S.-Gr. Elisabeth von England. Schauspiel von Ferdinand Bruckner. 19—22 Uhr (5.—). Freitag, 9. Januar: *F 13 (Freitagnacht). Th.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte. Die Bohème. Von Puccini. 20 bis 22.15 Uhr (7.—). Samstag, 10. Januar: Nachmittags: Wälschens: Der große Christoph. Weihnachtsspielen von Ulrich von der Trenck. 15.30 bis 17.30 Uhr (3.—). Abends: *E 13. Th.-Gem. III. S.-Gr. 2. Hälfte. Die schöne Helena. Komische Oper von Offenbach. 20—22.30 Uhr (7.—). Sonntag, 11. Januar: Nachmittags: 7. Vorstellung der Sonderkarte für Wandervogel: Der Evangelist. Musikalisches Schauspiel von Richard Strauss. 15.15—18 Uhr (150). Abends: *G 13. 8er und Zimmermann. Komische Oper von Kring. 19.30 bis gegen 22.30 Uhr (8.—). Montag, 12. Januar: Volksbühne: Jahresvorstellung. Das Kamm des Armen. Tragödie von Stefan Zweig. 19.30—22 Uhr (5.—). Der 4. Rang III für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Am badischen Rangierhaus: Sonntag, 4. Januar: *Die Söhne, die ich liebe nennt. Komödie von Zurek. 19.30—22 Uhr (8.—). Sonntag, 11. Januar: *Meine Schwester und ich. Operette in zwei Akten und einem 3er- und 4erakt nach Bert und Gertraud von Robert Blum. Gesangsstücke und Wuff von Ralph Benatzky. 19.30—22.15 Uhr (3.50).

Badisches Landestheater. In Ferdinand Bruckners Schauspiel „Elisabeth von England“, das am heutigen Samstag, 3. Januar, von Felix Baumhach in Szene geleitet, zur hiesigen Erstaufführung kommt, spielt Melanie Ernath die Titelrolle. Stefan Dahlen König Philipp von Spanien und Gerhard Lust den Eiler. Neben diesen wirken in anderen Rollen noch die Damen Traudlendorfer, Nyhoff und Schreiner sowie das gesamte übrige Sprechpersonal mit. Die Bühnenbilder stellte Carl-Lorenz Schellert her. Um die kostümliche Ausstattung war Margarete Schellert bemüht.

Verwendet **Eska-Essig** die guten Qualitäten der **Essigfabrik Karlsruhe i. B.** Gesellschaft mit beschränkter Haftung Augartenstr. 75 / Tel. 312

Gemeindepolitik

Die badischen Gemeinden zur Radiumspende

Am Montag hielt der Badische Landesverband zur Bekämpfung der Krebskrankheit im Geschäftsbüro der Landesversicherungsanstalt in Karlsruhe seine Schlusssitzung ab. Dabei wurden die Erfahrungen ausgetauscht, die bei der am 9. November 1930 stattgefundenen Sammlung für die Radiumspende des badischen Volkes verschiedentlich gemacht worden sind. U. a. konstatierte man, daß die Straßensammlungen nicht den erhofften Erfolg erreicht haben. Der Ausschuss soll weiter bestehen bleiben; einzelnen tüchtigen Sammlern wurden hübsch ausgeführte Grabsteine für ihre Tätigkeit überreicht. Besonders interessant war die Bekanntgabe des Ergebnisses der Sammlung in einzelnen Gemeinden und Städten des badischen Landes. Diese Sammlung hat bekanntlich rund 120 000 M. ergeben. Von den 1545 badischen Gemeinden haben sich 1436 an derselben beteiligt. Nur 109 haben die Durchführung der Sammlung abgelehnt (!) und auch aus der Gemeindefolge keinen Beitrag bewilligt (!). Das Gesamtergebnis ist im Hinblick auf die schwere Not unserer Zeit durchaus befriedigend; es zeugt davon, daß man im überwiegenden Teil unseres Landes erkannt hat, wie dringend notwendig die Bekämpfung der Krebskrankheit ist.

Ein Neujahrsgeschenk für die Bevölkerung Gengenbachs

Gengenbach. Der neugewählte Bürgerausschuss trat noch kurz vor Jahreschluss zu seiner ersten Sitzung zusammen, um die Biersteuer unter Dach und Fach zu bringen. Anstelle des erkrankten Bürgermeisters eröffnete dessen Stellvertreter Gemeindevater K o s c h a g die Sitzung. Er beauftragte das neue Gemeindepersonal und sprach den Wunsch aus, die Mitglieder möchten ihre Tätigkeit im Interesse der Gemeinde und Gesamtheit ausüben. Die Einführung der Biersteuer war damit begründet, daß unter den Steuererhöhungen im Haushaltsjahr 1930 auch die Biersteuer mit einem halbjährigen Betrag von 3300 M. enthalten sei, daß die allgemeine Finanzlage der Gemeinde, insbesondere die steigenden Bürkollektiven, die Einführung der Biersteuer bedingten. Der alte Gemeindevater habe die Biersteuer nicht genehmigt, so daß jetzt in den Haushaltsangelegenheiten der Betrag fehle. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Bekämpfung der Finanzlage die Einführung der Steuer zur Notwendigkeit mache, zumal vom 1. April 1931 für die Stadtgemeinde nach der Notverordnung eine Pflicht zur Einführung dieser Steuer bestehe.

In der Diskussion, die sich sehr kurzweilig und lebhaft gestaltete, beteiligte Gemeindevater K o s c h a g von der Freien Bürgervereinsleitung die Vorlage und hob auf die Stellungnahme der Aufschubbehörde zum Voranschlag ab. Wenn die Steuer abgelehnt würde, dann hätte die Gemeinde ebenfalls auch nichts mehr an den Kostenausgleich zu erwarten. — Genosse Gemeindevater K o s c h a g protestierte dagegen, daß eine Bürgerauswahl und noch mit verkürzter Einladungsfrist einberufen worden sei, ohne daß man vorher dem Gemeindevater Gelegenheit gegeben, sich mit der Vorlage zu befassen. Lieber wäre der Landesbürgerausschuss, nach dem die Umlage festgelegt wird und auf den Herr K o s c h a g abgehoben, noch gar nicht bekannt, auch dem Bezirksrat nicht. — Genosse Franz S c h ä k e führte aus, daß die sozialdemokratische Fraktion die Vorlage ablehne; erstens, weil wir dagegen sind, daß eine indirekte Steuer, die meistens die minderbemittelte Bevölkerung trifft, nochmals erhöht wird. Zweitens auch deswegen, weil unsere Geldbeutel jetzt schon die meiste Zeit leer stehen, so daß, wenn der Konsum noch mehr belastet wird, das Wirtschaftsgewebe so weit kommt, daß es keine Steuern und Abgaben überhaupt nicht mehr entrichten kann. Von dieser Mahnung, die zum Verständnis nicht wie ein Hauch aufs Auge, wird die Gemeinde keinen Nutzen haben. Als der Gemeindevater K o s c h a g nochmals auf sich ging und in ganz ungehöriger und ungeschickter Weise bemerkte, daß die Sozialdemokraten Kräfte seien und Unterstützung verlangen für ihre Leute, dabei hielt er auch noch den Ausschüssen, Erwerbslosen und Bediensteten das magere Weihnachtsgeld vor, und daß sie nichts danach fragen, wo die Mittel herkommen und nichts zu den Taschen beitragen, aber die Gemeinde nur ausbeuten wollen, da ging der Sturm der Entrüstung und Empörung durch die Vertreter der Arbeiterfraktion. Die Juristen, die K o s c h a g die Obren gelungen sind, wird er jedenfalls nicht so schnell verlassen, sofern er eine nicht gar zu dicke Haut hat. Genosse S c h ä k e lagte dem Herrn, daß die sozialdemokratische Fraktion jederzeit, solange sie auf dem Rathaus ist, in verantwortungsbewusster Weise an dem Schicksal der Gemeinde mitgearbeitet hat, daß man an anderen Orten noch mehr für die Arbeiter übrig hat. — Herr S c h ä k e (Str.) betonte, daß keine Fraktion nur mit schwarzem Denken der Steuer zustimme; aber die Fraktion habe keinen anderen Ausweg. Diesen Standpunkt nahm auch Gen. E i c h e n l o c h von der Freien Bürgervereinsleitung ein. Der Kommunist L e u b e r, der für sich selbst eine Fraktion bildet, lehnt die Steuer auch ab. Des weiteren mündert er sich über die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion, wo doch ihre Reichstagsfraktion mit dem „Hungerbrünnchen“ alles mache, und der Herr S c h e r r i n g alles, was nicht pariert, mit dem Gummistempel bearbeite! Ein ironisches „Kochtopf“ von den Sozialdemokraten und Gelächter im Saale war die Antwort auf diese sonderbare Einführungsbildung. Gemeindevater K o s c h a g rief der von der Bürgervereinsleitung 1922 plädierte ebenfalls für die Vorlage und hat seine Freunde, ebenfalls auszusprechen. Die Abstimmung sei, daß in dieser Fraktion schon bei der ersten Sitzung ein Zweipunkt befristete. Als das für und Wider ausgiebig besprochen war, kam es zur Abstimmung. Mit 20 gegen 18 Stimmen wurde die Einführung der Biersteuer beschlossen.

Außerhalb der Tagesordnung kam Gen. E i c h e n l o c h auf die Tätigkeit der Kommunisten am heiligen Abend zu sprechen. Diese hätten an den Anschlagstafeln Plakate und Zeitungen angehängt, deren Inhalt die Einwohnerlichkeit, die zu vier Fünftel katholisch ist, in ihrem inneren und religiösen Empfinden aus tiefster Verlegenheit müssen. Gegen solches Gebaren lege er im Namen aller katholischen Vereine und des Windoborfbundes in aller Öffentlichkeit Protest ein. Der Kommunist L e u b e r stellt dann fest, daß in Gengenbach zwei eingeschriebene Mitglieder der Kommunistischen Partei seien; mithin seien sie es, die die Plakate angeheftet haben. Er achte auch darauf und lasse sich nicht vorzeichnen, was und wo er antworten darf. Die deutsche Reichsregierung gewähre jedem Deutschen freie Willensäußerung in Wort und Schrift, und von diesem Artikel in der Verfassung mache er Gebrauch so oft er wolle, da solle er sich von keinem Menschen abhalten. Leuber beschwerte sich weiter, daß keine Plakate schon wiederholt abgerissen wurden; er schloß mit den Worten: ich liebe so lang ich lebe. — Dann schloß der Vorsitzende die von tüchtigsten und heiteren Auftritten belebte Sitzung.

Bürgerausschüßsitzungen

Sagsfeld (Sitzung vom 30. Dezember). Auf letzten Dienstag war wiederum der Bürgerausschuss einberufen, um zum letzten Male zum Voranschlag 1930/31 Stellung zu nehmen. Die Tagesordnung lautete: 1. Rechnungsverbindung, 2. Voranschlagsberatung. Bürgermeister Gerhardt machte bekannt, daß ein Antrag der Bürgerlichen Vereinigung vorliege, nämlich „Verabreichung der Gemeindevatergebühren“ von 100 M. auf 60 M. pro Jahr, der als erster Punkt der Tagesordnung beraten werden sollte. Untere Partei verzichtete sich dagegen, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung komme, noch dazu da diese Kürzung erst von 1. April 1931 ab vorzulegen ist; ebenso die Kommunisten. Die Bürgervereinsleitung aber

Aus dem Gerichtssaal

Die Berufung gegen das Todesurteil verworfen

Der Pariser Kassationshof hat die Berufung gegen das Todesurteil gegen den aus Klauen im Postland gebürtigen Rudolf K ü l l e und seine aus Straßburg im Elsaß stammende Geliebte Leonie S c h e i b e l verworfen. Wie wir bereits meldeten, hatten die beiden gemeinsam den Straßburger Taximeterkaffeeur Ulrich während einer Autofahrt in der Nähe von Straßburg ermordet und darauf, sind mit dem Tuto nach der Tat nach Paris brachte, und wurden dort in einem Hotel verhaftet. In dem Straßburger Untersuchungsgefängnis wurde auf Wunsch der Beiden während der Voruntersuchung noch die Trauung vorgenommen, da die an dem Mord beteiligte Scheibel im Gefängnis ein Kind zur Welt brachte, das nunmehr 3 Jahre alt ist. Am 22. November fand die Verhandlung vor dem Straßburger Schwurgericht statt und unterzeichneten die Geschworenen nach dem Urteilspruch der gegen die Beiden auf die Todesstrafe lautende, ein Gnabengesuch, das nunmehr verworfen wurde. — Das Ehepaar wird nach den französischen Gesetzen auf einem öffentlichen Platz in Straßburg das Schafot befeigen, um die Tat zu sühnen. Es ist dies die erste öffentliche Hinrichtung im Elsaß nach dem Waffenstillstand.

Kommunistische Klebekolonnen

Im Karlsruhe, 31. Dez. In seiner heutigen Sitzung verhandelte das Karlsruher Schöffengericht (Vorsitzender Amtsgeschäftsdirektor Strauß) gegen den 26 Jahre alten vorbestraften Korbmacher H i n s t o r K a n t aus Neudorf, den 28 Jahre alten vorbestraften Hilfsarbeiter Ludwig S c h m i d t aus Ruppheim und den 27 Jahre alten vorbestraften Schlosser S c h w a n z aus Berlin. Den Angeklagten, die seit dem 26. November in Untersuchungshaft sitzen, wird **Überstand gegen die Staatsgewalt und Gefangenenerbreitung** zur Last gelegt. Nach der Anklage haben die Angeklagten am 16. November nach Mitternacht mit kommunistischen Wahlplakaten, einem Klebstein und einem Farblos die Wirtshaus „Zum Weinberg“ in der Waldhornstraße verfallen, um die Wahlplakate anzuhängen und auszuführen anzubringen. Als sie am Lufteintrag dabei waren, eine Polizeikolonnen mit einem Wahlplakat zu bekleben und Schwanz gerade ein „W“ mit Mennig an eine Bretterwand malte, wurden sie von einem Polizeibeamten überfallen. Über die Bestrafung wegen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Gefangenenerbreitung wurde, wie wir bereits berichteten, die Angeklagten herumerzählt. Die Angeklagten, die ihren Kameraden Kant dem Beamten zu entziehen, wobei sie letzteren tödlich angriffen, so daß dieser vom Gummistempel Gebrauch machen mußte. Die Angeklagten, die normalerweise auf dem Wege des Straßverkehrs hätte erledigt werden können, kam im Interesse der Staatsautorität vor die Schranken des Schöffengerichts, weil von den Angeklagten herumerzählt wurde, sie hätten einen Polizeikommissar verhaften, ohne daß ihnen etwas Felcheschen wäre. Bis auf Schmidt sind die Angeklagten gefänglich; Schmidt will sich nicht strafbar gemacht haben. Er behauptet insbesondere, der Zeuge Konrad Georg Neumann sei dabei gemeint. Jedoch hat dieser sich nicht an dem Angriff gegen den Polizeibeamten beteiligt. Schwanz gibt an, daß er dem Beamten einen Stoß gegeben habe, damit dieser Kant loslasse. Der Polizeibeamte befand sich als Zeuge, daß Kant Widerstand leistete, als er ihn mit zur Wache nehmen wollte. — Erster Staatsanwalt Dr. Weiser trat für Verurteilung der Angeklagten im Sinne der Anklage ein. Das Schöffengericht verurteilte Kant wegen Vergehens nach § 113 (Widerstand) und die Angeklagten Schmidt und Schwanz außerdem wegen Gefangenenerbreitung zu je einem Monat Gefängnis. Das Gericht glaubte den Fall nicht beurteilen zu sollen, weil die Angeklagten offenbar angegriffen und während der Verhaftung die Gemüter erregt waren. Kant und Schwanz unterwarfen sich dem Urteil. Der Haftbefehl gegen die drei Angeklagten wurde aufgehoben.

Sittlichkeitsverbrechen

Im Karlsruhe, 31. Dez. Dinter verschlossenen Türen verhandelte heute das Karlsruher Schöffengericht gegen den wegen Sittlichkeitsvergehens nach § 176 Ziffer 3 angeklagten 33 Jahre alten,

bisher unbestraften Arbeiter Rudolf K. aus Baden-Pfälzental. Dem Angeklagten, der schwachsinzig und des Lesens und Schreibens unfähig ist, wird zur Last gelegt, sich in Baden-Baden im Jahre 1929 und im Späthjahr dieses Jahres an einem zehnjährigen Volksschüler in zwei Handlungen unzüchtlich verhalten zu haben. Entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts verurteilte das Schöffengericht den nur vermindert zurechnungsfähigen Angeklagten zu acht Monaten Gefängnis abzüglich fünf Wochen Untersuchungshaft.

Im Karlsruhe, 31. Dez. Wegen Notzuchtvergehens hatte sich der seit 18. Dezember in Untersuchungshaft sitzende 29 Jahre alte ledige Kellner Josef Franz B. aus Karlsruhe vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 12. Dezember nachmittags in Karlsruhe unter Anwendung von Gewalt an einem 29jährigen Hausmädchen unzüchtliche Handlungen vorgenommen. Oberstaatsanwalt Dr. Heinsheimer beantragte im Sinne der Anklage eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Das Schöffengericht folgte den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Seipel, und verurteilte den Angeklagten wegen tätlicher Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten, unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls wurde abgelehnt. Der Angeklagte nahm die Strafe an.

Schwindereien unter dem Einfluß des Alkohols

Im Karlsruhe, 31. Dez. Wegen einer Reihe im Rückfall und unter alkoholischen Einfluß begangener Verbrechen stand heute der 38 Jahre alte vorbestrafte verheiratete Wagner Eugen B. aus Karlsruhe vor dem Schöffengericht. Der Angeklagte, der häufig über den Durst trank, beging, sich als Schwitzgericht eines Wirtes aufspielend, in der Wirtshaus „Zur Karlsburg“ Darlehensbetrieuren, bei denen er einer Frau und dem Wirt Beträge von 3 und 5 M. abknöpfte. Auch die Kellnerin veranlaßte er zur leibhaftigen Heberlassung von 2 M. unter der unmaßigen Annahme, er müsse ein Telegramm aufgeben. Des weiteren beging er mehrere Fehlbeträge. Ende Oktober dieses Jahres suchte er vergeblich Bierhandlungen auf, denen er sich unter falschem Namen vorstellte und vorhinwinkelte, er sei Beamter des Tiefbauamtes und leite die Pflichtenarbeiten auf Kapfenwörth; auf diese Weise veranlaßte er mehrere Bierlieferungen und ließ sich überdies Darlehen von zusammen 50 M. gewähren, für die er mit falschem Namen quittierte. Der Angeklagte legte ein reumütiges Geständnis ab und betonte, daß er bei Begehung der Verbrechen angetrunken war. Der angeklagte Schaden wurde von den Angeklagten wieder ersetzt. Der ärztliche Sachverständige, Medizinalrat C r o s s a n t, kam in seinem Gutachten zu dem Schluß, daß der Angeklagte vermindert zurechnungsfähig sei. Das Schöffengericht verurteilte B. wegen mehrfachen Rückfallschrems, teilweise begangen in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von vier Monaten abzüglich zwei Wochen Untersuchungshaft. Der Angeklagte hatte gebeten, ihm Strafaufschub auf Wohnort zu gewähren. Das Gericht behielt sich die Entscheidung über diesen Antrag vor. Der Vorsitzende machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß ihm Strafaufschub nur unter der Bedingung gewährt würde, daß er während der Bewährungsfrist keinen Tropfen Alkohol mehr zu sich nehme.

Das veraltete Strafgesetzbuch

Freiburg, 29. Dez. Ein am Schlusswert beschäftigter A. R e d verurteilte an einem Sechsentag mit einer Arbeiterfahrkarte auf der er das Datum abgeändert hatte, von Titisee nach einer Station in Mittelsbad zu reisen. A. wurde aber schon in Freiburg angehalten und zur Anzeige gebracht. Der der Reichsbahn erwachsene Schaden beträgt eine Mark 80 Pfennig. Eine Fahrkarte gilt als öffentliche Urkunde, für deren Fälschung das Gesetz eine Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis vorsieht, wozu A. auch verurteilt wurde. Wenn solche Fälscherhändchen auch zu verurteilen sind — ein so starkes Mißverhältnis zwischen Tat und Bestrafung sollte aber doch endlich auf gesetzlichem Wege beseitigt werden!

schaff nicht, noch dazu bei Parzellenwirtschaft. Wir lassen die gebührende Bemerkung des Herren nicht an, die wir selbst eingeführt haben, wir betonen aber auch, daß die Vermittlungsfreiheit für die Bürgerlichkeit von genau so großen Nutzen ist. Es haben nicht alle Leute schuldschlichte Kinder, es haben aber auch nicht alle Leute Vieh. Nur so weiter, bürgerliche Vereinigung!

Leutischneurent

Auf letzten Dienstagabend 8 Uhr war der neugewählte Bürgerausschuss zum ersten Male einberufen, um über die Biersteuer, die vom alten Bürgerausschuss abgelehnt worden war, nun neu zu beraten. Die Herren Klais stäubten die Vorlage ablehnen zu müssen mit der Begründung, das Reich möge den Gemeinden die Gelder aufziehen. Das mit der Ablehnung die Arbeitslosen nicht beschäftigen kann, das kümmert die Herren nicht. Auch KPD und Staatspartei lehnten ab. Die Vorlage wurde angenommen. Vorlage 2: Geländetausch von Schmiedemeister Stern wurde gutgeheißen. — Vorlage 3: Beitr. Waldhüterstelle wurde die Stelle dem Hilfswaldhüter Ludwig Baumann mit dem Stimmen der Klais und Bürgervereinsleitung und Interessenten gegen die Stimmen der SPD, KPD und Staatspartei übertragen. — Zur Vorlage 4 betr. Schaffergilde hielt Bürgermeister Ulrich einen größeren Vortrag und fesselte so den ganzen Bürgerausschuss, daß nicht einmal der große Interessent der Schaffergilde, Herr Max Müller, mehr ein Wort zu reden imstande war.

Sport

Fußballvorhau
Entscheidung um die Bezirksmeisterschaft im 3. Bezirk zwischen Union — Gagsfeld auf dem Platze des Fußballvereins Grünwintler.
Der Höhepunkt und zugleich den Abschluß der Serienspiele für 1930 bedeutet das Ergebnis um die Bezirksmeisterschaft zwischen beiden oben genannten Vereinen. Beide Vereine verfügten über eine aussergewöhnliche Mannschaft, die bei den letzten Rundenspielen ihre Weltgeltung unter Beweis gestellt haben. — Gagsfeld als wiederholter Meister unseres Bezirks wird zweifellos die zu diesen Spielen notwendige, bessere Erfahrung mitbringen, durch die sich Union nicht verbüßen lassen darf, sondern in aller Ruhe das Spiel beginnen muß. Die Ausführenden als Bezirksmeister sind für beide Mannschaften gleich, da das Mannschaftsgebilde beider Mannschaften über das gleiche Niveau verfügt. Da unsere Meisterchaftspiele bisher immer als eine Propaganda für die Arbeiterportbewegung waren, hoffen wir auch von diesem Spiel, daß es den gleichen Zweck erfüllen möge.
Borber treffen sich die beiden Tugenden am nächsten Sonntag — Gagsfeld und Union — die Entscheidung in der Gruppenerstschafft. Beide Mannschaften haben sich am vergangenen Sonntag mit einem unentschiedenen Resultat getrennt, so daß auch bei diesem Spiel eine Vorschlage nicht möglich ist. Der Ausgang bei beiden Spielen kann erst am Sonntag beantwortet werden. Komme deshalb Reder, der sich auf bei Boden der modernen Arbeiterbewegung stellt, und nehme auf dem Platze des Fußballvereins Grünwintler die Antwort entgegen, für eine alte die Frage: Wer wird Bezirksmeister. Spielbeginn: Sonntag 4 1/2 Uhr. Union — Gagsfeld 4 1/2 Uhr.
ebf.

Trinkt das wohlbekömmliche und bekannte vorzügliche **Hoepfner-Pilsner u. Deutsch-Porter** Hoepfner-Bräu Karlsruhe

Der Totenkampf der Freiheit

Von
Pietro Nenni



Die Bestiennatur des Faschismus



Copyright 1930 by Verlag J. S. W. Dieck Nachf., G.m.b.H., Berlin.
19

Einstweilen hat diese „Verständigung“ keine glänzenden Erfolge aufzuweisen, denn hier, wie in allem, was er angreift, geht der Faschismus ohne einheitlichen Plan, nach augenblicklichen Einfällen und Launen vorwärts.

So liegt die Krise auf dem Gebiet der Handelsportefeuille der Banca d'Italia, das von 2999 Millionen Lire im Jahre 1925 auf 1705 Millionen Lire am 30. September 1928 gesunken ist.

Eine Politik auswärtiger Anleihen, die jede vernünftige Grenze übersteigt, eine auf Grund politischer Erwägungen erfolgte Stabilisierung des Geldes auf einem wirtschaftlich kaum aufrechtzuerhaltenden Stande, erdrückende Steuerlast, Zerrüttung der industriellen Organisation und Verlust der auswärtigen Märkte bei sinkender Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes, Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit, die die Verweigerung der Auslandspässe noch vermehrt: das sind die finanziellen und wirtschaftlichen Ergebnisse der faschistischen Diktatur.

In den italienischen Zeitungen findet man häufig tröstliche Geschichten von Arbeitern, die, um der Galeere Mussolinis zu entkommen, sich in den Frachtschiffen verstecken, wo sie durch Gase vergiftet, ja sogar von Ratten aufgefressen worden sind. Im Winter fand man auf den Alpenpfaden erfrorene Menschen, die dort zusammengebrochen waren; es sind heimliche Auswanderer. Von Zeit zu Zeit entspinnen sich regelrechte Schlachten auf den Alpenpfaden der Grenze zwischen der Miliz und jenen Unglücklichen, die in jedem Preis ihrem Vaterland entfliehen wollen. Gerade in diesen Tagen hat man am Col S. Theodulo eine sterbende Frau gefunden, ihr vierjähriges Kind an sich gepreßt, um es zu schützen gegen die Kälte, die Kind und Mutter mit dem weißen Leichentuch aus Schnee zudeckte.

Auf einer Seite Verzweifelte, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um in der Fremde ein Stück Brot zu finden; auf der anderen der freche Luxus der neuen Reichen, die das Unglück ihres Vaterlandes ausbeuten: das ist das Italien des Faschismus.

Henri Béraud hat unlängst, nach einer Reise durch Italien, festgestellt, daß die Italiener heute kein anderes Recht mehr genießen als das, Frankreich zu beschimpfen. Er hätte ein zweites Recht erwähnen können, nämlich das Recht, sich über den Faschismus lustig zu machen.

Was kann denn eine herrschende Klasse, die die Geburtenziffer forcieren will, die Auswanderung verhindert und der Bevölkerung alle erdenklichen Beschränkungen auferlegt, zur Rechtfertigung ihrer Politik anführen, wenn nicht die Notwendigkeit, die Nation auf einen Krieg vorzubereiten?

Mussolini sagt zum Volk: Du leidest, aber das geschieht für das Vaterland. Ich lege dir eine eiserne Disziplin auf, aber ich will dich auf den Weg der Glorie treiben. Und ein Teil der Jugend bekennt sich zu diesem Glauben und spendet Beifall.

Wäre der Faschismus lediglich eine Bewegung politischer Reaktion gewesen, so wäre er kläglich gescheitert. Niemals hätte er jene Zustimmung der Mittelklassen erlangt, durch die er zum Siege geführt wurde, wenn er sich nicht als der Rächer wirklichen oder vermeintlichen Unrechts eingeführt hätte, das das Vaterland während des Krieges oder nachher erlitten hatte.

Die einzige spontane Zustimmung, die der Faschismus gefunden hat, ist ihm auf dem Gebiet des Patriotismus erwachsen. Und einzig auf diesem Gebiet hat er noch heute einige Erfolge.

Spät zur Geltung gekommen in Europa, als vom Bankrott des Imperialismus nur noch wenige Krümel übrig waren, schlecht behandelt von den Verbündeten nach der schweren Prüfung des Krieges, hat Italien, dieser große Proletariat, in den Massen seiner Arbeiter und Intellektuellen eine Ablehnung gegen den Bund der fatten Imperialisten gefühlt. Diese Empfindung hat in zweifacher Weise Ausdruck gefunden: bei den Arbeitermassen im Enthusiasmus für die russische Revolution, die sich aufrehte gegen alle Beherrschungskräfte in Europa, zu denen sie auch den Völkerbund rechneten; bei den Intellektuellen im Anschluß an den ultrierten Nationalismus.

Dieses Geisteszustandes hat sich der Faschismus bemächtigt, er hat ihn auf die Spitze getrieben, hat ihn zur Achse seiner Politik gemacht, so die Diktatur unter dem Schutze des Patriotismus bergend.

Will nun der Faschismus den Krieg und bereitet er sich auf ihn vor?

Viele haben sich diese Frage gestellt und auf sie widersprechende Antworten gegeben. Hält Mussolini eine kriegswichtige Rede, so regen sich die Leute auf und erblinden schon das Gespenst des Krieges, das sich am Horizont abhebt. Hält er eine Rede mit friedlichem Einschlag, so können dieselben Leute gar nicht genug sich darüber freuen, welche Stütze des Friedens der Faschismus sei.

Im allgemeinen müßte man ja sagen, daß, da der Krieg nach außen die notwendige Projektion des Bürgerkrieges ist, der Faschismus an sich eine dauernde Kriegsgefahr bedeutet. Welchen anderen Ausweg außer dem Kriege gibt es aus der politischen und wirtschaftlichen Krise? Welchen Zweck, außer dem des Krieges, kann die faschistische Bevölkerungspolitik haben? Und was anderes als den Krieg kann die beständige nationalsozialistische Ueberreizung der Presse, der Schule, der öffentlichen Kundgebungen erzeugen?

Aber da sind andere Dinge im Spiele, denen man auch Rechnung tragen muß.

Unter dem Trugbild der Macht verbirgt der Faschismus ein äußerst zerbrechliches Regime, das einem geringfügigen Ereignis erliegen könnte. Es ist eine vielfach erhärtete Wahrheit — die das Beispiel Rußlands im Kriege von 1914 noch einmal bestätigt —, daß nur ein demokratisches Regime die Opfer eines langen Krieges und die Wechselfälle des Kriegsglücks bis zum Ende zu ertragen vermag.

Der Faschismus weiß sehr wohl, daß die Order zur Mobilisierung des Bürgerkrieges ansetzen könnte, und daß der geringste militärische Mißerfolg sofort zum Debatte werden würde. Des weiteren weiß er, daß hinter den blutrünstigen Reden Mussolinis ein gut Teil Bluff und Erpressung steckt: Bluff für seine Leute, deren Enthusiasmus aufgestachelt werden soll; Erpressung für die anderen Staaten, die er einzuschüchtern hofft.

Was ist nun daraus zu schließen? Es gibt eine Verletzung der Ereignisse, die den Willen der Führer zerbricht. Wollte etwa Napoleon nicht den Frieden nach Bagram und Austerlitz? Da aber sein Regime ganz und gar auf der Macht seiner Heere beruhte, mußte er weiter den Degen ziehen, dem Zwang der Umstände gehorchend, die ihn zur Macht gebracht hatten.

Trotz den verschiedenen Mäßen der Persönlichkeiten gilt das, was für Napoleon gilt, ebenso für jeden anderen Diktator, also auch für Mussolini. Auch der Anführer der Schwarzhenden könnte den Frieden antreiben. Trotzdem bereitet er den Krieg vor, in den Köpfen wie in den Tatsachen. Die Logik seines Regimes, die Ereignisse, die ihn zur Macht gebracht haben, reißen ihn mit sich fort.

Wenn morgen, um eine absurde Hypothese zu machen, sich eine neue Kluft zwischen Frankreich und Deutschland verbündete, wenn Rußland zur Verweigerung getrieben würde oder die inneren Widersprüche in Europa zum Ausbruch kämen — immer würde der Faschismus die Rolle der Herausforderung übernehmen. Der Wolf kann nur wölfisch handeln. Europa zeigt durch manches Zeichen, daß es über diese Situation nicht genügend nachgedacht hat.

29. Abschied vom Leser

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, vom Leser Abschied zu nehmen. Ich habe ihn durch sechs Jahre italienischer Geschichte geführt, sechs ereignissschwere Jahre, die im Zeichen der Tragödie stehen. Ich habe ihm Italien gezeigt, wie es war und wie es ist. Ohne meine politische Leidenschaft zu verbergen, die die Ehre meines Leben ist, habe ich die Mäße der Ereignisse ehrlich wiedergegeben und auch die Einzelheiten wahrheitsgemäß geschildert. Die Hoffnungen, die Kämpfe und auch die Irrtümer der Arbeiterklasse habe ich dargelegt, wie sie nach dem großen Verbrechen des Krieges durchlebt wurden. Aus den Tatsachen habe ich den Beweis dafür gebracht, wie teuer es eine Partei zu stehen kommen kann, der Verpflichtung, zu handeln, auszuweichen, um sich in akademische Diskussionen zu flüchten. Schritt für Schritt hat man die Krise des Staates und den Zusammenbruch einer feigen und wortreichen herrschenden Klasse verfolgen können. Ich habe die ersten Anfänge des Faschismus wieder erstehen lassen, seine Verbrechen geschildert, sein Werk gezeigt. Ich habe den Leser mit Mussolini bekannt gemacht, von der Schmeichelei seines Vaters an, als er noch ein Sohn des Volkes war und die Liebe zur Freiheit im Herzen trug, bis zum Chigi-Palast, wo er als Diktator Italiens zum Werkzeug von Claqueurinteressen und zum Mörder an der Freiheit wurde. Ich habe von Toten und Lebenden gesprochen, von Toten, die der ganzen Welt im Glorienschein leuchten, und von solchen, deren Erinnerung um so teurer ist, als wir nur wenige sind, die ihrer gedenken; von Lebenden, die in den Gefängnissen, in der Verbannung, auf den Inseln der Zwangsverschickung weilen, als Verführer der Stunde, in der abgerechnet wird.

Und was ist die Zukunft, die unser harri?

Ich weiß es so wenig, wie der Leser es weiß. Abenteuer wie das des Faschismus sind nicht leicht zum Erfolg zu führen. Sobald sie sich aber ein festgefügtes Gewebe von Mitschuld und Söldnertum geschaffen haben, können sie eine gewisse Dauer erreichen.

Nachdem Napoleon dem Kleinen einmal ein 2. Dezember geglikt war, hat er achtzehn Jahre hindurch die Macht behauptet, und es hat eines Sedans bedurft, damit Frankreich ihn auf immer abschütteln konnte. In Deutschland haben die Bismarckschen Ausnahmegeetze zwölf Jahre gedauert.

Aber sowohl in Frankreich wie in Deutschland hat die Reaktion den Ideen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit neue Kraft verliehen. Dasselbe wird in Italien eintreten. Wenn der Faschismus, der sich mit allen Kräften des Bösen an die Macht klammert, noch fünf oder zehn Jahre dauern sollte, so ist das schwer für uns, fürchtbar für die, die in den Gefängnissen sterben: für die Geschichte ist es nichts.

Schon jetzt ist der Faschismus verurteilt, weil sein Experiment mißglückt ist.

Er hält sich, er dauert weiter, und das ist vielleicht das einzige, um das es Mussolini zu tun ist. Er hat reichlich Zeit, seine Erpressungen an allen konservativen Kräften durchzuführen, an der Hochfinanz, an der Monarchie, an der Kirche, durch die er zu dem geworden, was er heute ist. Aber er hat keinen der inneren Widersprüche des italienischen Staates und der italienischen Gesellschaft gelöst, sondern er hat sie alle verschärft, indem er sie gewaltig an der Verfestigung hinderte. Er glaubt ein Sieger zu sein, aber von ihm gilt, was Viktor Hugo vom letzten König von Neapel sagte: er ist tot.

Der Prüffstein eines lebendigen, schöpferischen, revolutionären Regimes ist die Freiheit. Wenn Mussolini eines Tages hätte verkünden können: ich öffne die Pforten der Gefängnisse, ich tue die Grenzen auf, ich lasse meine Ausnahmegeetze und meine Miliz verschwinden, ich brauche weder Henker noch Kerkermeister, ich gebe der Presse Freiheit, zu kritisieren und anzugreifen, den Parteien das Recht, ungehindert für ihre Ideen zu wirken — dann wäre er wirklich der Sieger.

Aber nach achtjähriger Herrschaft weiter als Bandenführer reden und handeln zu müssen — das bedeutet keinen Sieg, nun und nimmermehr. Wenn er so sich zum Herrn macht über den Körper, so entgeht ihm die Seele. Zur Ehre Italiens sei es gesagt, daß der Faschismus nicht Herr ist über die Seele des Volkes.

Als ich die Feder nahm, um diesen „Totestampf der Freiheit“ zu schreiben, da hat mich der eine Wunsch geleitet, dem Auslande zu zeigen, daß das proletarische Italien die Diktatur, deren Opfer es ist, nicht verdient hat, daß es eine infame Lüge ist, wenn man die Dinge so darstellt, als verheere das italienische Volk den Menschen, der es erniedrigt und entehrt. Unsere Toten, deren Zahl Legion ist, legen Zeugnis ab für das Gegenteil. Unsere Gefährten in den Gefängnissen, die nach Tausenden zählen, bezeugen Italiens Willen, sich zu den leuchtenden Höhen der Freiheit den Weg zu bahnen. Auch wir Verbannten stellen im Antlitz der Diktatur und der Welt die Widerlegung dieser Lüge dar.

Italien wird frei werden! Durch welche Mittel? Das kann niemand voraussagen. Auch die Geschichte zeigt uns, daß noch jede Tyrannei gestürzt worden ist und ihr Wahn sie betrogen hat, daß es genügt, den Gedanken ans Kreuz zu schlagen, um ihn zu meistern. Der Tyrann verdirbt, daß schließlich dem Volke noch das Eisen bleibt und das Feuer.

Wenn das Werk der Unterwerfung vollendet erscheint, steht ein Spartakus auf. Und wo ein Kämpfer im Felde fällt, sind andere bereit, an seinen Platz zu treten. So wächst die Zahl derer, die der Revolution und der Freiheit den Weg bahnen. Nichts wird vergessen. Für alles kommt der Jahrtag! Nichts wird vergessen. Für alles kommt der Jahrtag!

Es Lu f.

Wo bleibt der zweite Mann?

Ein Ruf zum Kampfsjahr 1931

Von Otto Weis

Die Jahreswende steht die Partei in höchster Aktivität. Es gab keine Ruhe seit der Wahl vom 14. September und darf keine mehr geben! Partei, Gewerkschaften, Arbeiterport-Organisationen und Reichsbanner formieren sich zur arden, geschlossenen Verteidigungssarmee der Republik.

Dreißig schwinen Prinzen, Fürsten, Grafen und Barone das Banner der neuesten „Arbeiterpartei“. Als Bekreier spielten sie sich auf, sie, die, solange sie konnten, das Volk knebelten und in politischer Unmündigkeit erhielten, die es im Stahlbad des Krieges zu Grunde richteten, um am Ende sich selber schnellstens in Sicherheit zu bringen. Gewissenloses Demagogentum spielt mit dem Gedanken eines neuen Krieges.

Einigkeit und Geschlossenheit im Kampf gegen die Demagogen der Diktatur muß die Parole sein. Was aber tun die Kommunisten? Zum Vorteil der Reaktion versuchen sie weiter, die Arbeiterbewegung zu spalten und zu zertrümmern. Gelänge ihnen das, so wäre den schlimmsten Arbeiterfeinden der Sieg gewiß.

Für uns Sozialdemokraten kann es in diesem Jahre nur eine Parole geben. Das ganze arbeitende Volk muß einheitlich zusammenstehen in der Sozialdemokratischen Partei, in den Gewerkschaften, in den Sportorganisationen, im Reichsbanner. Für das stärkste Wachstum unserer Organisationen und unserer Presse muß die letzte, die äußerste Kraft aufboten werden.

Dieser Ruf geht an jeden und an jede, mindestens ein Mitglied für die Partei, mindestens einen Abonnenten für die Parteipresse in dem heute beginnenden Jahre zu gewinnen, ist eine Pflichtaufgabe für jeden Genossen und jede Genossin.

Einzigbar und hörbar, immer wieder an die Gewissen pochend, muß alle bei ihrer Arbeit die Frage begleiten:

Wo bleibt der zweite Mann? Was hast du in diesem Jahre schon getan, um der Organisation ein neues Mitglied, der Presse einen neuen Abonnenten zu werben? Denke an deine Pflicht! Eile, damit es nicht zu spät wird!

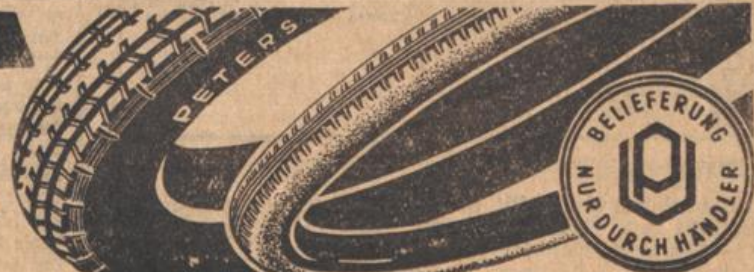
In unserer Presse, in unseren Versammlungen, überall, wo Genossen in weiterem oder engerem Kreis zusammentreffen, immer wieder muß an alle einzelnen die Gewissenstrage gerichtet werden, ob sie ihre Pflicht gegenüber der Partei erfüllt haben:

Wo bleibt der zweite Mann?

Wir sind stark in der Verteidigung. Wir müssen stärker werden zum Angriff. Das Jahr 1931 muß für uns ein Jahr des Triumphes, für die Feinde der Arbeiterklasse aber ein Jahr der schmachvollen Niederlage werden! Darum nütze jeder jeden Tag und jede Stunde! Darum richte immer wieder jeder an jeden, vor allem aber an sich selber die drängende Gewissenstrage: Was hast du getan, um die Macht der Arbeiterorganisationen zu stärken?

Wo bleibt der zweite Mann?

SPARSAM UND ZUVERLÄSSIG
Peters Union
REIFEN FÜR KRAFTRAD UND FAHRAD





Aus Mittelbaden



Kraichgau

Kretten

Mitteilungen aus der Gemeinderatsitzung vom 29. Dezember

5. Der Vorsitzende begrüßt den Gemeinderat in seiner neuen Zusammenfassung, macht die Mitglieder auf einige Bestimmungen der Gemeindeordnung, insbesondere auf die Pflicht der Amtsoberbehörden, aufmerksam und nimmt die Verpflichtung der neu gewählten Mitglieder vor. — 4. Geheiß um Zulassung zum angeborenen Bürgerrecht werden genehmigt. — Dem Herrn Hieselsberger Christian Gesehe und der Frau Elisabeth Hieselsberger werden anlässlich der Feier ihres 80. Geburtstages am 22. bzw. 26. Dezember 1930 die Glückwünsche des Gemeinderats ausgesprochen unter Überreichung eines Geschenkes. — Der städtische Haushalt weist einen nicht gedeckten Betrag von rund 75 000 M auf. Der Vorsitzende beantragt, von der in der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 erteilten Ermächtigung zur Einführung der erhöhten Biersteuer und der Bürgersteuer Gebrauch zu machen und eine noch bis 31. Dezember 1930 mögliche Erhöhung der Umlage um 10 Pfg. von 100 M Grundvermögen einzutreten zu lassen. Mit den dadurch einbringenden Beträgen wird der Fehlbetrag nur teilweise gedeckt, so daß die in Aussicht genommenen weitgehenden Einsparungen dringend benötigt werden. Die Anträge auf Einführung der erhöhten Biersteuer und der Bürgersteuer sowie auf Umlageerhöhung werden abgelehnt. — Anlässlich der 60. Wiederkehr der Reichsgründung am 18. Januar 1931 soll eine feierliche Morgenfeier stattfinden. — Das Buchenholzwahl soll wie bisher im Submissionswege abgegeben werden.

Bruchsal

Die Tabakarbeiter im Bezirk Bruchsal

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Meldungen über Betriebsstörungen in der Tabakindustrie aus dem Bezirk Bruchsal einlaufen. Wo die Tabakindustrie zu Hause ist, herrscht seither infolge der Hungertage, die in dieser Branche besetzt werden, schon Not und Entbehrung.

Über die Arbeitnehmerschaft dieser Branche ist nicht ganz ohne Schuld, weil sie sich immer wieder sträubte, aus realistischen und anderen Gründen, sich der allein für sie reifsten einsetzenden freien Gewerkschaft anzuschließen. Gerade der Bruchsaler Bezirk hat in dieser Beziehung schwer gesündigt und man darf ruhig sagen: es würde heute manches besser um die Tabakarbeiter, wenn sie sich der Tragweite ihres Handelns im richtigen Augenblick bewußt gewesen wären. Nur die freien Gewerkschaften sind unabhängig vom Kapitalismus; nur sie können reiflich für das Interesse der arbeitenden Klasse einstehen. Und noch eins: Es ist eine Zeit der allgemainen Not der Tabakarbeiter; werden sie in dieser drückenden kapitalistischen Kampfperiode erkennen, daß nur eine Zeituna ihre Rettung sein kann, die auch reiflich und unabhängig ihre Interessen vertritt? Nicht die geistliche, die kapitalistische Gewerkschaft; nicht die Organe und Tagesblätter des Kapitalismus können eure Führer sein; es gibt nur eine Führung: die freie und politisch neutrale Gewerkschaft und Tagespresse, die ohne Rücksicht auf die kapitalistischen Kaufleute und Ausbeuterei nur ein Interesse vertritt: das Wohl des arbeitenden und schaffenden Volkes.

Der Bezirk Bruchsal ist von den neuesten Maßnahmen in der Tabakindustrie ohne Zweifel mit am meisten betroffen. Es gibt in dem nordwestlichen Bezirksteil Ortschaften, wo beinahe jeder vierte Einwohner arbeitslos ist. Die Regierungsmassnahmen für die Betroffenen dieser Industrie sind unzulänglich, wenn nicht der volle Lohn besetzt wird. Denn wenn man sich die Löhne dieser Industrie einmal näher ansieht, so hat man, klar ausgeprägt, einfach kein Verständnis mehr, daß man bei solchen Löhnen noch abgebaut wird.

Nach einer stadtgeführten Erhebung des städtischen Tabakarbeiterverbandes, die sich auf 93 Orte mit insgesamt 143 Betrieben erstreckte, wurden bei 605 männlichen und 288 weiblichen Arbeitern ein Durchschnittsverdienst von 40,8 Pfg. pro Stunde festgestellt. Dabei verfährt sich dieses Bild noch, wenn man die einzelnen Sparten der Arbeiterschaft berücksichtigt. Der Durchschnittliche Arbeitsverdienst pro Stunde betrug nämlich bei Kolern 43,2 Pfg., Widelmachern 36,1 Pfg., Juristern 31,9 Pfg., Sortierern 50,6 Pfg., Ristenmachern 45,5 Pfg., Tagelöhner 42,4 Pfg. Dabei ist noch besonders zu beachten, daß es sich hier ausschließlich um ersetzte Arbeitsstunden, nicht um Zeitlohnarbeit handelt. Wenn also ein Arbeiter das Glück hatte, volle 48 Stunden wöchentlich in Affordarbeit stehen zu können, so ersetzte er einen

Durchschnittswochenverdienst von 19 März 48 Pfennig!

Man braucht hier nicht Worte zu verlieren, um darzulegen, wie eine derartig besetzte Arbeitskraft sein Leben fristen muß. Das hier unbedingt Wandel geschaffen werden muß, ist klar. Aber es liegt, wie bereits gesagt, bei den Tabakararbeitern selbst, indem sie sich mehr und mehr bewußt werden, daß sie sich gegenwärtig falschen Führern anvertraut haben, die nicht nur das Interesse der Arbeiter, sondern dasjenige des Kapitals vertreten. Deshalb, Tabakarbeiter wacht auf!

Fort. „Der Jäger aus Kurpfalz.“ Der Turnverein hatte mit seiner Veranstaltung einen Bombenerfolg. Über 700 Personen folgten der Wiebergabe dieser volkstümlichen Operette. Dorfiana, Sang und Trant sind in diesem Stück des Waldmanns die Wegebereiter eines heiteren Spiels. Den Darstellern, Herren Riffel und Burger, sowie Frä. Fuchs als Vore, wurde stürmischer Beifall gesollt. Auch den übrigen Darstellern gebührt volle Anerkennung. Der Chor sang mit den Kinderreigen erhöhten und vervollkommenen den vorzüglichen Eindruck, den Herr Philipp als Leiter und Regisseur mit seiner Arbeit erwarb.

Überatombad. Die Freiw. Feuerwehr nimmt von einer Weichmacherei Abstand. Dafür wird dem Corps und deren Familienangehörigen ein gemütlicher Abend geboten, in dessen Mittelpunkt der hohen Leistungen der Weichmacherei unter ihrem Dirigenten, Herrn Hauptlehrer Stolz, stehen werden. Einige Einlagen werden die Besucher ganz besonders erfreuen.

Veltrinken. Mit dem Anfang des Jahres werden in hiesiger Gemeinde 1100—1200 Arbeiter feiern, d. h. arbeitslos sein, die zu 90 Prozent der Starrentenbezieher angehören. — Im nahen Leon ist jeder 4. Einwohner arbeitslos.

Albtal

Ettlingen

Gemeinderat Dr. Bopp tritt in den Ruhestand. Zum Jahresende ist Landrat Geh. Regierungsrat Dr. Bopp in den Ruhestand getreten. In einer feierlichen Feier im Bezirksamt, bei der auch die Bürgermeister von Ettlingen und Umgebend bewohnten, wurde Verehrung und Wertschätzung Ausdruck verliehen, deren sich Land-

Kampfsitzung des Bürgerausschusses Kastatt

Dem neuen Stadtrat wurde seitens der Stadtverwaltung Kastatt die teilweise Deckung des Defizits im städtischen Haushalt durch die Erhöhung des Steuergrundbetrages beim Gewerbeertrag über 10 000 M um weitere 25 Prozent vorgeschlagen. Auf diese Weise sollten für das laufende Haushaltsjahr etwa 25 000 M hereingebracht und weitere 25 000 M für das nächste Haushaltsjahr zum Ausgleich des Defizits verwendet werden. Die Taxidirektor im nächsten Jahr geltend machen muß, daß dem Oberbürgermeister Dr. Koenigz die Gewerbeertragsteuer zu erhöhen, so daß beim kommenden Voranschlag der Steuerertrag aus dem Gewerbe so ziemlich gleich geblieben wäre. Dieser Voranschlag der Stadtverwaltung wurde von der Mehrheit des Stadtrats abgelehnt. Die Nazis beklagten dabei neben ihren Freunden von der Mittelstandspartei eine ausgeprägte Steuerfurcht und grenzenlose Verantwortungslosigkeit gegenüber städtischen Interessen. Von den Kommunisten war nach den bisher gemachten Erfahrungen gar nichts anderes zu erwarten, als daß sie aus politischer Verblendung gegen alles Nichtkommunistische auch die Steuer ablehnten, die einmal ausnahmsweise von den „Dobren“ getragen werden sollte.

Wenn der Oberbürgermeister glaubt hat, daß sich im Bürgerausschuss für seinen Voranschlag eine Mehrheit finden wird, so wird ihn der Verlauf der Sitzung am letzten Montag eines anderen belehrt haben. Schon der Stadtratsvorsitzende ließ durch seinen Stellvertreter, Herrn Geometer Müller, erklären, daß er in seiner Mehrheit dem Stadtratsbeschluss beitrete und dem Ausschuss empfehle, das Gleiche zu tun.

Aus der Rede des Stadtr. Wagner war zu entnehmen, daß die Zentrumspartei in diesem Punkt wieder einmal gescheitert ist. Ein Teil der Fraktion war also schon von vornherein nicht für die Erhöhung der Gewerbeertragsteuer zu haben. Recht gemunden und geradezu lächerlich war der Standpunkt der Nazis zu dieser Frage, den der Stadtr. M. Bauer vortrug. Die Nazis meinen nämlich, daß durch die Erhöhung der Gewerbeertragsteuer ein großer Teil von Arbeitnehmern drohen werden wird. Großspuria ließ die neue Rathauspartei erklären, daß sie sich nicht veranlaßt fühle, an diesem städtischen Haushalt noch herumzuflicken. Morbörke, diese Nazis; sie werden den Karren schon schieben bei der Auffüllung des neuen Voranschlags. Sie finden es unter ihrer nationalen Würde, an einem „Fuldner“ herumzuflicken. Herr Umbauer redete noch von Doppelverdienern und Parteibuchbeamten bei der Stadt Kastatt. Zu allem Überflus richtete dieser politische Wirrwort auch bei dieser Sitzung wieder einen Appell an das soziale Gefühl des Herrn Oberbürgermeisters. Daß die Mittelständler ebenfalls gegen die geplante Steuererhöhung sind, war nach der Einführung dieser Kurztaxipolitik nicht verwunderlich. Herr Müller selbst redete an diesem Abend recht scharf und entscheidende Töne, mit denen er bei seinen „Wahlfreunden“, den Nazis, anscheinend imponieren wollte. Nach verwunderlich war diesmal das Verhalten der Staatspartei, also der Partei des Herrn Oberbürgermeisters. Sie schaute durch ihren Sprecher, Herrn Staats. K. e. e. b., ebenfalls die Erhöhung der Gewerbeertragsteuer ab, und stellte sich dabei in direktem Gegensatz zu ihrem Stadtratsvertreter und zum Oberbürgermeister. Dieses Verhalten wird der Staatspartei nichts nützen, auch sie wird über kurz oder lang in einen

nach viel sauereren Apfel beißen müssen. Der Kommunist Geigies und Leon reden von weiser Salbe und vom nahen Bankrott dieses kapitalistischen Systems, sie lehnten die Erhöhung der Gewerbeertragsteuer über 10 000 M ab. Anscheinend wollten die Kommunisten ihre beiden Stadträte nicht blamieren, die bei der Stadtratsitzung angeblich über die ganze Sache nicht so recht im Bilde waren! Auch die Kommunisten werden eines schönen Tages merken, was sie ihren Anhängern mit der Weisung gerade dieser Steuern für einen Vordienst erwiesen haben.

Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion vertreten zu dieser Angelegenheit die Gen. Stadtr. Koenigzler und K. o. h. und Stadtr. Müller. Die Fraktion ließ durch ihre Sprecher erklären, daß sie sich im Standpunkt der Stadtratsmehrheit nicht zu eigen machen könne, sie sich vielmehr der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters angeschlossen hätte und für eine Erhöhung der Gewerbeertragsteuer eintreten. Das Defizit im städtischen Haushalt müsse gedeckt werden. Eine Deckung auf Kosten der Allgemeinheit kommt für die sozialdemokratische Fraktion nach der Einführung der Bier-, Getränke- und Bürgersteuer unter keinen Umständen mehr in Frage. Bei dieser Gelegenheit nahmen sich untere Genossen in äußerst scharfer Weise die Nazis vor, denen an diesem Abend ihre heuchlerische sozialistische und Arbeitermaske vom Gesicht gerissen wurde.

Sein besonderes Licht ließ an diesem Abend nach der Kastatt-Partei leuchten. Dieser Kommissar meinte nämlich, der Stadtr. Koenigzler werde deshalb für die Erhöhung der Gewerbeertragsteuer eintreten, damit wieder mehr Angeestellte und Arbeiter arbeitslos werden und Koenigzler dadurch seine Stellung auf dem Arbeitsamt besser halten könne! Wir gratulieren der Stadtpartei zu einer solchen „Geistesleuchte“, die nebenbei noch im Stadtrat sitzt. Den Rest der verdienten Abfuhr erhielten die prinzipiellen Steueropfer und vor allem die Nazis vom Vorsitzenden in seinem Schlusswort. Es war eine Abreibung wie man sie im Bürgerausschuss noch selten erlebt hatte. Der Oberbürgermeister sagte zum Schluss, daß er glaube habe, im Bürgerausschuss für seine Ansicht eine Mehrheit zu finden, weil ja in diesem Ausschuss drei Parteien vertreten sind, die dementsprechend den Stempel des Sozialismus an der Stirne tragen. Er sei aber nach der Ausdrucks eines anderen belehrt. Der Stadtratsbeschluss wurde hierauf nun bei der namentlichen Abstimmung mit 55 gegen 28 Stimmen gebilligt. Das Loch im städtischen Haushalt bleibt nun vorläufig offen und wird auch im neuen Haushaltsjahr offen bleiben.

Im neuen Haushaltsjahr wird der Stadtrat und Bürgerausschuss vor die Frage gestellt werden, entweder radikale Drohungen aller Ausgabenposten, die bisher schon zwangsläufig und nicht zu umgehen waren, oder Aufbringung der fehlenden Mittel durch Erhöhung der städtischen Tarife für Gas und Strom, oder weitere Erhöhung der Bürger-, Bier- und Getränkesteuer. Ein großer Teil der Gegner der Gewerbeertragsteuer wird mit uns Sozialdemokraten dann diese Form der Aufbringung der Mittel ebenfalls ablehnen. Es bleibt dann der Staatsaufsichtsbehörde vorbehalten, den Haushalt der Stadt Kastatt ins Gleichgewicht zu bringen. Auf welchen Kosten das geschehen wird, werden die Kommunisten und Nazis, die beide vorgeben, Arbeiterinteressen zu vertreten, bald merken.

rat Dr. Bopp während seiner verdienstvollen Tätigkeit im Bezirk erfreuen durfte.

Nachklänge der Neujahrsnacht

Während aus anderen Städten, z. B. Karlsruhe und Mannheim, berichtet wurde, daß dort die Neujahrsnacht verhältnismäßig ruhig verlaufen ist und nicht den vorjährigen Straßenverkehr erreicht hat, hat man hier das Gegenteil erlebt. Der Trubel und Lärm war an manchen Stellen oft so stark, daß die Polizei rufbefähigt eingreifen mußte. Vieles waren auch Straftaten zu beklagen. Die Polizei nahm einige Sittierungen vor.

Statistik für das Jahr 1930. Gesamtsatz der Geburten 238 (1929: 190) und zwar 122 Knaben und 116 Mädchen; hiesige Knaben 85, hiesige Mädchen 96, auswärtige Knaben 37, auswärtige Mädchen 20. Eheschließungen 74 (1929: 88). Gestorben: 110 (darunter 12 Säuglinge und 7 Totgeburten (1929: 127)).

Spielerei. Den Lesern und Einwohnern zur Kenntnis, daß folgende Geschäfte in Nummer 303 des Volkstempel zu erwärmen vernehen blieben: Wegberei Wilhelm Gas und Gulasch Schaber. — Den Mitgliedern des Sportvereins zur Kenntnis, daß die Generatorenversammlung am 11. Januar stattfindet.

Murgtal

Kastatt

Aus freien Angestelltenkreisen wird uns geschrieben:

Das Problem der Doppelverdiener

Während des Reichstags- und Gemeindevorwahlkampfes hat die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei über das Problem des Doppelverdienertums den Mund nicht weit genug aufreissen können. Mit Haut und Haaren hat man die Doppelverdiener bei allen Staats- und Gemeindefunktionen und bei den sonstigen Körperlichkeiten verurteilt. In allen Parteiveranstaltungen bildete dieses Problem willkommene Gelegenheit, durch lautes Stanoschreien und Geschreien den grenzenlos gewordenen Unmut des Diebsteins zum Ausdruck kommen zu lassen. Auch in der ersten Sitzung des Kastatter Bürgerausschusses wendeten sich die Nazisvertreter gegen die Doppelverdiener und den Nebenverdienst einzelner Beamten und Angestellten auf dem Kastatter Rathaus. Los. Der Sprecher der Nazis, Herr Ingenieur Umbauer, wurde vom Kastatter Stadtratspräsidenten damals aufgefordert, ihm die Doppelverdiener und Nebenverdienst ausübenden städtischen Beamten und Angestellten alsbald mitzuteilen. Hoffentlich sind die Herrschaften dieser Aufforderung nachgekommen?

Hoffentlich haben die Nazis dem Stadtratspräsidenten auch in nebenbei mitgeteilt, daß ihr Va. Stadtratspräsident und ehemaliger Polizeiwachmeister Wetter schon seit Jahren auf der Fürstorgstelle Kastatt-Land beschäftigt wird, obwohl er nebenbei die staatliche Pension als ehemaliger Polizeibeamter bezieht. Die Pension dieses Herrn wird zwar nicht allzuhoch sein, und man könnte darüber zur Tagesordnung hinweg gehen, wenn die Arbeitsmarktlage für Angestellte aller Kategorien zur Zeit nicht die denkbar schlechteste wäre. Herr Wetter, der heute beinahe 70 Jahre alt ist, könnte auch mit der staatlichen Pension auskommen und einem jüngeren arbeitslosen Angestellten Platz machen. Vom Staat wurde dieser Herr i. Zi. wegen vorgerückten Alters und Dienstunfähigkeit pensioniert. Die Krankenkassenverwaltung und die städt. Sozialkasse von Kastatt hatten mit dem Herrn schon vor Jahren Arbeitsverträge unternehmen und ihn wieder entlassen. Die Entlassungsverträge sind zwar bis jetzt nicht bekannt geworden, doch dürften dieselben auf der Hand liegen. Was dann fand Herr Wetter beim Wohnort, und Fürstorgstelle „autatowise“ Unterhiesing. Herr Wetter soll auf seinen Posten bei dieser städtischen Behörde vermöge seines vorgerückten Alters bisher schlecht und recht versehen haben. Das Wa-Oriental Kastatt regte beim Bezirksfürstorgverband schon vor Monaten die Erwählung des Herrn Wetter durch einen arbeitslosen Angestellten an und empfahl dem Fürstorgverband, sich vom Arbeitsamt entsprechende Be-

merkungspapiere vorlegen zu lassen. Kurze Antwort: Herr Wetter ist beim Fürstorgverband nicht noch besetzt und würde derselbe keinem arbeitslosen Angestellten Platz machen, weil der Posten aus Erhaltungsründen nicht anderweitig besetzt wird, wenn Herr Wetter zur Entlassung kommt. Auf deutsch: man läßt bei Herrn Wetter bei der Fürstorgstelle weiter arbeiten, obwohl man seitens der Leistung selber der Überzeugung ist, daß es mit seiner Arbeitskraft infolge seines Alters nicht mehr weit her sein kann. Der badische Staat part auf diese Weise einer Teil der Pension, die der arme Fürstorgverband erheben muß. Fürsorge für die alten Beamten in allen Ehren, aber sie darf nicht von der falschen Stelle aus gehen. Am Falle Wetter heißt es auch, „wer den Posten zum Wetter hat, wird leicht Karbinal“. Und wenn der maßgebende Beamte bei der Fürstorgstelle den Nazis besonders gut zugetan ist, kann sich ein Mitglied dieser Partei neben einer staatlichen Pension bis ans Lebensende halten.

Auch beim Bezirksamt und beim Amtsgericht in Kastatt könnten die Herren Nazis bezüglich der Befreiung von Doppelverdienern reichlich Arbeit finden, wenn es ihnen um die Lösung dieses Problems wirklich ernstlich zu tun ist. Es ist nicht unbekannt, daß in beiden Amtsstellen Töchter von Beamten beschäftigt werden, obwohl man an maßgebender Stelle wissen muß und sicher auch weiß, daß beim Arbeitsamt Kastatt vollwertige Ersatzkräfte genügend zur Verfügung stehen. Man vergiebt an maßgebender Stelle Tränen über die große Not der arbeitslosen Anseestellen, in der Praxis handelt man aber nicht darnach.

Wie wärs, ihr Nazis, wenn ihr auch an diesen Stellen mal mit dem „ausmisten“ beginnen würdet? Aber hier getraut man sich nicht heran. Das Eisen ist zu heiß. Man könnte schließlich bei den hohen, hohen Gehältern auf diesen Posten etwas anreden. Wenn schon die staatlichen Behörden auf diesem Gebiete völlig versagen, was soll man dann von den privaten Arbeitgebern verlangen? Es ist allerdings Zeit, daß man dem Problem des Doppelverdienertums mehr als bisher sein Augenmerk schenkt und für Abhilfe sorgt. Sie könnten sich damit den Dank und Anerkennung vieler durch Arbeitslosigkeit in bitterster Not geratenen Angestellten erwerben.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausblick: Fortdauer der rasch veränderlichen, für die Jahreszeit milder Witterung, teilweise Regentage, südwestliche Winde, Hochschwarzwald weitere Schneefälle.

Schneebericht

Amlicher Schneebereich der Badischen Landeswetterwarte vom 3. Januar 1931, 8 Uhr morgens

Höhenangaben: kein Schnee.
Furtwangen: kein Schnee.
Aufelstein: Regen, 5 Grad Wärme, Gesamtschneehöhe lindenhaft, vereist, keine Sportmöglichkeiten.
Untermarkt: Regen, 5 Grad Wärme, Gesamtschneehöhe 5 Stm., lindenhaft, keine Sportmöglichkeiten.
Sundst: Regen, 4 Grad Wärme, lindenhaft, keine Sportmöglichkeiten.
Wülser Höhe-Plättig: kein Schnee.

Sparkasse Knielingen

(unter Gemeindebürgschaft)

Höchste Verzinsung für Spareinlagen

Giro-, Scheck und Kontokorrentverkehr
Geschäftsbüro Schulstr. 3 / Telefon 7619



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

3. Januar: 1829 *Philolog Konrad Duden. — 1891 †Professor Cavelane in Brüssel. — 1896 Wilhelm II. telegraphiert an „Olm Krüger“ (Zurentkrieger). — 1919 Austritt der USA. aus der preußischen Konföderation. — 1923 *Tschingtscher Dichter Jaroslaw Dajch (Verfasser des Schwefel).

4. Januar: 1785 *Straßburger Jakob Grimm. — 1806 *P. Braille, Erfinder der Blindenschrift. — 1878 Städt. gründet die christlich-sozialistische Arbeiterpartei. — 1849 †Senarath N. Z. Gabelberger. — 1904 †Paphiater Friedrich Jolly. — 1919 Deutsche Truppen räumen Wien. — 1924 Koalitionregierung in Sachsen.

Milchpreislenkung gelchert

Einer Anregung der Stadt entsprechend fand am 29. Dezember im Rathhausaal eine Aussprache zwischen der Stadtverwaltung, Vertretern des Milchhandels und der Landwirtschaft über die Frage der Milchpreislenkung statt. Eine Einigung wurde nicht erzielt, da sowohl der Milchhandel als auch die Landwirtschaft die bestimmte Erklärung abgaben, von ihrem derzeitigen Preise nichts nachlassen zu können.

Der Milchhandel führte aus, daß vor dem Kriege eine Händlerpanne von 6 Pfa. für den Liter Milch bestanden habe (Einkauf 18, Verkauf 24 Pfa.) und daß er heute, nachdem die Preise seither bedeutend höher geworden sind, mindestens den Friedenspreis haben müsse. Bei der Landwirtschaft kam angeführt, daß schlechte Wirtschaftslage eine Herabsetzung des Erzeugerpreises nicht erlöse. Lediglich die Milchzentrale wäre bereit gewesen, sich an der Senkung mit 1/2 Pfa. bei der im Laden abgebenen Milch zu beteiligen, obwohl sie bei der heutigen Spanne kaum auf ihre Rechnung komme; eine Senkung des Flaschenmilchpreises ist unmöglich, weil der Preis jetzt schon unter den Herstellungskosten liegt. — Nach dem Erscheinen der Ausführungsbestimmungen zum Reichsmilchgesetz wird die Frage der Milchpreislenkung nochmals erörtert werden.

Unausführbare Notstandsarbeiten

Nachtrag zum Stadtratsführungsbericht vom 29. Dezember 1930

Durch das Fehlen eines Satzteils ist im Stadtratsführungsbericht vom 29. Dezember 1930 die zweite Teilhälfte unter der Überschrift „Notstandsarbeiten“ unvollständig geblieben. Zur Ergänzung sei bemerkt: Das Kulturamt Karlsruhe und das Kulturamt Mannheim haben die Schüttung eines noch fehlenden Stücks Rheinböschungsbau auf Genehmigung Anlieger unterhalb von Maxau bis zur Abmündung beantragt. Es handelt sich um eine Arbeit, die nach dem Wasserrecht dem Land obliegt und zu der in der gesetzlich festgelegten Grenzen die beteiligten, einen Nutzen genießenden Gemeinden zu Kostenbeiträgen herangezogen werden können. Unter der Bedingung, daß Karlsruhe Arbeitskräfte beschaffen kann, hat sich, wie schon früher bekanntgegeben, die Stadt Karlsruhe zur Leistung eines Beitrags in angemessener Höhe ausdrücklich bereit erklärt. Das Finanzministerium kann nach seinen Angaben den Plan der staatlichen technischen Aemter nicht ausführen lassen, weil die Mittel für den Dammbau fehlen. Damit fällt die unerlässliche technische Voraussetzung für eine weitere, und zwar in diesem Fall von der Stadt Karlsruhe ins Auge gefaßte Notstandsarbeit weg, nämlich die Erhebung des Uferdamms des Klärwerk-Abflusses zwischen Neureut und dem Rhein. Heute tritt dem Rückbau durch Rheinböschungsbau aus dem Abflusssystem Schmutzwasser in nahegelegene Bismarck über. Eine Erhebung der bestehenden Grabendämme ist aber durch Einwirkung des fehlenden des Hochwasserabflusses nicht möglich. Der Stadtrat bedauert den vorläufigen Wegfall der beiden Notstandsarbeiten, die in der Zeit der heutigen Arbeitsnot erwünschte Beschäftigungsmöglichkeit geboten hätten.

Zur Bekämpfung der Chferenzstelle im Städt. Krankenhaus

Man schreibt uns: Durch den Tod des Prof. v. Bed, des Leiters unseres Städt. Krankenhauses, muß sich der Stadtrat mit der Frage befassen, wer nun mit diesem Posten betraut wird. Unsere Krankenhäuser — nicht die allein von Karlsruhe — haben bis jetzt fast immer einen Professor zum leitenden Arzt ernannt. Dieser Titel hat, wie jeder immer noch alte Titel, eine tugendhafte Kraft, auf den, etwas Befehlendes und auf den größten Teil des Publikums. Er weiß aber immer noch nicht wie teuer er den Medizinern ankommt. Es war bisher gewöhnlich so, daß der medizinische Titel an den Universitäten größtenteils durch gesellschaftliche Verbindungen, finanzielle Leistungsfähigkeit oder durch geeignete Heirat zu erreichen war. Der Professorentitel bedeutete bis in die heutige Zeit eine oftmals nicht durch Leistungen anerkannte soziale hohe Einflutung, sondern gleichzeitig ein Privileg auf ganz besondere Einnahmen, für die die trank Menschheit aufzulommen hatte. Gleichzeitig gab der Professorentitel die Möglichkeit, den Städten, soweit sie für ihre Krankenhäuser darauf Anrecht machten, besonders hohe Tarifverträge abzuwirken, die ganz außerhalb der üblichen Gehaltsausmaßen standen. In einer wirtschaftlichen Krisezeit, unter der in hohem Maße auch die Ärzteschaft zu leiden hat, sollte man diese Verfahren einstellen. Es gibt unter den praktischen Ärzten und Chirurgen genau ausgezeichnete Mediziner, die der Stellung als Oberarzt eines Krankenhauses alle Ehre machen würden. Gleichzeitig würde eine solche Aufsteigerung für die ganze Ärzteschaft eine große Befriedigung und einen nicht zu unterschätzenden Anreiz zu höherer Leistungsfähigkeit stiften.

Notgemeinschaft und Lehrergesangsverein. Die erste Werbung für das Konzert des Lehrergesangsvereins, dessen Reinertrag der Notgemeinschaft zur Verfügung gestellt wird, hatte einen derart günstigen Erfolg, daß die Zahl der für ein Konzert im großen Festhalleaal in Frage kommenden Besucher durch Kartenbestellungen weit überschritten war. Um aber nicht Hunderte von Bekleidungen abweisen zu müssen, hat sich der Lehrergesangsverein entschlossen, zwei Aufführungen mit dem gleichen Programm zu veranstalten. Beide finden am 11. Januar in der Festhalle statt und sind um 1. Konzert nachmittags 4 Uhr (ausverkauft), 2. Konzert abends 8 Uhr (Plätze zur Hälfte vergriffen). Das Programm enthält u. a. das Kunststück „Vom deutschen Rhein“, das bei der Uraufführung am 4. Dezember von 2000 Besuchern mit größter Begeisterung aufgenommen wurde. Karten am Einzelpreis von 1. M. für numeriert und 50 Pfa. für offene Plätze sind in den Musikalienhandlungen von Frh. Müller und Franz Tafel zu haben.

Die Winterbeihilfe und die blamierten Nazis

In den beiden ersten Sitzungen des neuen Stadtrats hat man sich eingehend mit einem kommunizistischen Antrag auf Bewilligung einer Winterbeihilfe für Erwerbslose beschäftigt. Ueber diese Verhandlungen ist in dem offiziellen Situngsbericht, der am vergangenen Mittwoch im Volksfreund erschien, nicht alles das gesagt, was unserer Ansicht nach zur richtigen Information der Öffentlichkeit und insbesondere auch des Leserkreises, der für den Volksfreund in Frage kommt, gesagt werden muß. Wir müssen also, selbstverständlich in Wahrung der Bestimmungen des § 48 der Gemeindeordnung einiges ergänzen.

Bei dem Antrag der Kommunisten handelt es sich, wie man aus der Presse erfährt, um eine von der Ortsgruppe der Nationalsozialisten ausgehende allgemeine Weisung, die sich herausstellte, wirkte sich für diese Verhältnisse der Antrag finanziell so aus, daß nach Berechnung des zuständigen Bürgermeisters in Ausführung des Antrages 780 000 Mark aufzuwenden wären.

Außer den antragstellenden Kommunisten traten in der ersten Sitzung des neuen Stadtrats auch

Kommunisten keine ernstzunehmende Deckung vorzuschlagen. Also alles Bluff!

Ganz jämmerlich war das Debüt der Nationalsozialisten. Nachdem sie in der vorhergehenden Sitzung (am 18. Dez. 1930) in geradezu rührenden Worten für die armen Erwerbslosen eingetreten waren, konnten sie in der Sitzung vom letzten Montag, wo es sich darum handelte, daß man den Worten von vorher die Tat folgen lassen sollte, auch nicht den geringsten brauchbaren Vorschlag für die Deckung machen. Sie suchten sich über die für sie sehr blamable Situation dadurch hinwegzusetzen, daß sie erklärten, sie hätten das letzte Mal geäußert, daß in Frage kommende Antrag würde nur etwa 80 000 M Aufwand erfordern.

Die neugebenedigten Nazi-Räte hatten sich also nur um 700 000 Mark verrechnet.

Noch ärger kann man sich im Stadtrat kaum blamieren.

Wir Sozialdemokraten waren im schönen Bund der Bewilliger die einzigen, die den nötigen Mut aufbrachten, für die Konsequenzen der Zustimmung zum Antrag aus in der Tat einzusehen. Nachdem wir zunächst für die erwähnten 9000 M eintraten, machten wir den Vorschlag, den Hauptbetrag von 771 000 M durch eine

Nachtragsumlage zu decken, so daß also eine breite Schicht der Steuerabnehmer für die Deckung des Betrages der Winterbeihilfe hätte einzutreten müssen. Der Oberbürgermeister bezeichnete diesen Vorschlag als „sehr schön“, dabei darauf hinweisend, in welcher Weise sich diese Nachtragsumlage in unserer Stadt mit ihrer bisher relativ niedrigen allgemeinen Umlage auswirken würde.

Für den sozialdemokratischen Antrag, als den einzig abstimmbaren Vorschlag, erhoben sich nur die Hände der sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder, während sonst niemand, aber was ganz besonders charakteristisch ist, nicht einmal die Väter des Antrages, die Kommunisten, und auch nicht die Nationalsozialisten, von denen man vorher so rührende Worte für die Erwerbslosen hören konnte, dafür zu haben waren.

Von den Kommunisten ist man anfangs selbst ein so ganz abwegiges Verhalten, wie im vorliegenden Falle, gewöhnt. Aber mit ganz besonderem Vergnügen werden unsere Leser von diesem, dem ersten Auftreten unserer Nazistadträte, den schwer hineingefallenen und trübselig blamierten Europäern, Notiz nehmen.

Die Nationalsozialisten

Wir Sozialdemokraten zögerten angesichts der geschichtlichen Sachlage nicht, die Gelegenheit zu benutzen, um den bewußten Erwerbslosen Mitbürgern die zugehörige, verhältnismäßig hohe Geldbeihilfe zu verschaffen. Wir stimmten zu, was zur Folge hatte, daß der kommunizistische Antrag auf Bewilligung einer Winterbeihilfe für Erwerbslose im Gesamtbetrag von 780 000 M mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten angenommen wurde. Der Oberbürgermeister erklärte darauf schriftgemäß, daß er den gefassten Beschluß nicht vollziehen könne, wenn ihm vom Stadtrat die nötigen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Damit sollte sich die nächste, inwieweit aus dem Antragsentwurf der Kommunisten der Stadtrat zustimmen sollte, entscheiden lassen.

Die alsdann vorgebrachten Deckungsanträge der Kommunisten sind im einzelnen im offiziellen Bericht vom letzten Mittwoch schon aufgeführt. Sie können nicht in Frage kommen, weil sie sämtlich unzulässig sind, mit Ausnahme von ganzen 9000 M, die aus dem voranschlagsmäßigen Betrag für die Förderung des Vortrags noch nicht verbraucht sind. Für die übrigen 771 000 Mark konnten also die antragstellenden

Kinderweihnachtsfeier mit Bekehrung bei der Polizei. Von einer üblichen Weihnachtsfeier im Hinblick auf die herrschende Volkstimmung abgesehen, veranstaltete der Allgem. Vol. Polizeibeamten-Verein am Dienstag, 30. Dezember, im unteren Saal des Restaurant Friedhof bei sehr gutem Besuch seinen Kindern eine Weihnachtsfeier. Nach einer freundlichen Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden Kollege Hofmann sprach der Vorsitzende der Polizeibeamten in trauerlicher Stimmung über die Gefahren, denen die Kinder ausgesetzt sind und wendete diese Ausführungen geschickt mit dem hohen Idealismus der Weihnachtsfeier, so daß es die ermutigenden Kinderangehörigen ebenso wie die Eltern warm und herzlich berührte. Nach niedlichen, sinnvollen und frisch vorgetragenen Gedichten der allerliebsten kleinen A. Zimmermann, Furrer und Hirt zeigte Fr. Schott den staunenden Zuschauern köstliche Proben ihrer kindlichen Tatkraft. Eine besondere Freude brachte eine Wärdentriebe der freien Turnerschaft Karlsruhe, die sich in dankenswerter Weise in einigen Kinderreigen bestens darboten. Die Kollegen Hirt und Joos zauberten durch ihre ertönen musikalischen Scherze, frohes, helles Kinderlachen hervor und übertrugen außerdem durch ein drohendes Schattenspiel. Viele glückliche leuchtenden Kinderaugen dankten im Strahle des Weihnachtsbaumes für die hübschen Weihnachtsgeschenke. So fand denn dieser schöne Nachmittag unter den wohlbekannten Klängen einer Welterlung der Polizeikapelle, die sich in anerkannter Weise zur Verfügung gestellt hatte, einen würdigen Abschluß. Der Allgemeine Badische Polizeibeamten-Verein kann mit dem Erlöse dieser überaus gut besuchten Feier recht zufrieden sein.

83. Geburtstag. In diesen Tagen konnte Frau Schaller, Gottesackerstraße 18, ihren 83. Geburtstag feiern. Frau Schaller ist in ihrem hohen Alter noch munter und rüstig; sie ist eifrige Leserin des „Volksfreund“. Wir gratulieren!

Wittenscheid. Hoffentlich merkt sich der Kinder! Eine 85 Jahre alte Sozialrentnerin verlor am Mittwoch nachmittags auf dem Wege von der Hauptpost nach ihrer Wohnung die kurz zuvor bei der Hauptpost abgeholtene Invalidenrente im Betrage von 53,75 Mark. Das Geld befand sich in zwei Briefumschlägen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Karlsruhe. Sonntag, 4. Januar, vormittags 9.30 Uhr, im Friedrichshof erweiterte Verwalterversammlung. Erschienen 11 Mitglieder.

Lichtspielhäuser

Bad. Lichtspiele lassen auch das Jahr 1931 mit lustigen Weisen beginnen, indem sie den schon und oft gesehnen Film von und über den Kaiserkönig Johann Strauß in Neuaufführung zeigen. Die bewährte Ausstattung dieses Films legen. Der Film zeigt in die musikalische Illustration dieses Lebens des Wiener Altmeyers, in der wesentlichen Stück aus dem Leben des Wiener Altmeyers, in Bildern, die auf geschichtlicher Grundlage gebaut sind und bei denen Claire Kommer und Hans Sillde die Hauptrollen mit bestem Charn und äußerster Wahrhaftigkeit wiedergeben, so daß man sich wirklich in die alt vergangene Zeiten nach Wien und Petersburg versetzt fühlt. Die recht gute Photographie und die flotte Regie Ross verdrängen jedem Besucher genussreiche Stunden.

Liebling der Götter

Ein hervorragender Tonfilm in den Residenz-Lichtspielen

Wer kann ein Götter-Liebling sein? Doch nur ein Säufer, ein Schanzler, dessen Leistungen den besaubernden Glanz des saars großen Rinkens haben. Und es ist tatsächlich etwas Wahres daran: Emil Jannings spielt und singt. Man kennt ja seine fabelhafte Gestaltungskraft, besonders tragische Menschenbildnisse. Jannings ist ein humor- und gemütvoller Naturbursche. Wenn er lebt und spielt, wenn er spricht, dann steht blutvoll die Charakteristik der Menschentypen vor dem Betrachter, ungekünstelt, aber, echt, genau durch Sumor, schalkhafte Witzigkeit und überprüfenden Lebensoptimismus. Die Filmhandlung ist ganz nett, nicht banal, fein ausstaffiert und ohne Anleihe bei rührender Sentimentalität.

Ein Säufer, Jannings, erlebt in Wien Triumphe, die ihn schließlich nach Amerika führen. Als Künstler hat er ein großes Herz, aber nicht in schlechtem Sinne; denn er läßt auf seine Frau nichts kommen. Braut und lustige die Schläger, vollendet die Wiederbegegnung der Dornrosen. Dazu herrliche Naturaufnahmen. Das Ganze ein Guck, es hat gefangen und entzückt. Lichtbildmäßig, technisch, regelmäßig und in der treffenden Charakteristik ist der Film ein ausgezeichnetes Produkt. Die Residenz-Lichtspiele scheinen auf gute Filme besonderen Wert zu legen. Vieles Günstigste wird sich zukünftig sicher im Besuch ausdrücken. Unter den anderen Mitwirkenden sind ebenfalls gute Leistungen zu verzeichnen. Ganzlangjährig wäre der Tenor noch zu erwähnen, der musikalisch klug-schön operiert.

Auch das Beiprogramm ist unterhaltend und gewinnend. Die kleine Licht-Maus ist wieder uraelungen in „Im Westen was Neues“. Künstlerisch wertvoll und darstellerisch bewundernswert kann der Kulturfilm „Kristall-Champion“ angeprochen werden, der Schwimmkünste in und unter Wasser in unglaublicher Schärfe wiedergibt.

Dieses Programm empfiehlt sich von selbst. Es ist ausgezeichnet. Schit.

Rosenkavalier und sein Chef

Von Karl Ludwig Diehl

„Rosenkavalier“ hatte Rasse. Er war so feinerartig, daß er sich sogar einen eigenen Komplex, einen Tonfilm-Komplex zugelegt hatte. Offenbar war er einer der letzten Anhänger des hummen Films. Es kam die letzte große Außen-Aufnahme zu dem neuen Mo-Sonfilm „Rosenmontag“, der zur Zeit in den Palast-Lichtspielen in Karlsruhe läuft. In dem Film, der nach dem weltberühmten Drama von Otto Erich Hartleben gedreht wird, spielte ich die Rolle des Hauptmanns Gröblich. Drei Tage vor Beginn unserer Außen-Aufnahmen stand der „Rosenkavalier“ eines Morgens lächelnd auf dem Hof der Neubadelsberger Tonfilm-Anlagen. Er gehörte sozusagen zu meiner Hofe, war mein Dienstpferd, das mich durch alle Fährnisse unserer Ton-Außen-Aufnahmen zu tragen hatte. Wir drei beneideten uns schon. Ich bedauerte ihn oft in seinem Stall in Potsdam. Mehrmals ritt ich mit ihm von Neubadelsberg nach Potsdam. Er hatte nur einen Fehler, er wurde leicht nervös. Dann mußte man ihn durch beruhigende oder drohende Bemerkung eines Kamens zur Vernunft bringen. Das war eigentlich sehr einfach. Die ersten drei Tage unserer Außen-Aufnahmen tanzten wir, ich — mit einer Kompanie auf dem Neuen Markt in Potsdam. Bei den Proben war alles großartig. Wir begannen jetzt die erste Aufnahme. Einige Schweißperlen unterliefen das Tageslicht. In einem dieser Schweißperlen, die während der Proben nicht getrunken hatten, mußte ich in der Aufnahme mit Rosenkavalier vorbei. Bis zum Schluß war alles famos. Meine Kompanie marschierte vorwärts-mäßig. Aber in dem Moment, als Rosenkavalier in das Licht des Schweißperlen kam, blieb er stehen, bäumte sich, zum ersten Male mußte ich ihm die Sporen härter geben als bisher. Er wollte nicht, kurz und gut der Schweißperlen hatte es ihm angetan. In der Hoffnung, ihn doch noch zur Vernunft bringen zu können, ermahnte ich ihn ganz leise, doch zornig „Rosenkavalier“. Da kam schon die ärgerliche Stimme meines Regisseurs Hans Steinhoff in die Aufnahme hinein „Schit“. Es war nichts zu machen — mehrmals probieren wir vergebens — diese Szenen mit Rosenkavalier. In dem Moment, wenn er in das Licht des Schweißperlen kam, war es wieder mit seinen Herben. Es waren noch andere Schweißperlen da, die ihn gerade so gut hätten irritieren können. Aber das Licht dieses Schweißperlen war ihm offenbar unempfindlich, trotzdem er eine kleinere Lichtstärke als die anderen hatte. Bei der ersten Probe sagte ich in dem Moment, als wir in den Lichtkegel hineintraten, machend: „Rosenkavalier“, es ging großartig. Auch beim zweiten Mal, als ich leise „Rosenkavalier“ sagte, gab es keinelei Bemerkungen. Alles ging gut. Noch eine war nicht möglich, ihn vor dem Mikrophon zu ermahnen. Dann wäre es ja vom Tonband gehört worden, und die Aufnahme wäre unbrauchbar gewesen. Beim dritten Mal wäre alles großartig gewesen, ich hätte „Rosenkavalier“ gesagt und wir wären weiter geritten. Ohne laute und deutliche Ermahnung wollte „Rosenkavalier“ nicht. Rost wäre das der Abschied unserer gemeinsamen Tonfilm-Aufnahmen geworden. Man wollte ihn schon gegen ein anderes für den Tonfilm geordnetes Pferd austauschen. Aber Gott sei Dank hatte er sich da endlich mit seinem Tonfilm-Komplex abgefunden, und wir konnten unsere langtägliche Außen-Aufnahme an der Spitze der „Rosenmontag“-Kompanie durchführen. Wir sind sogar so gute Freunde geworden, daß wir heute noch oft ausreiten, und jetzt haben wir uns auf eine weitere lautlose Verständigung eingelassen.

Jakob Finkelstein G. m. b. H. Kohlen, Koks, Brikett, Holz Kaiserstr. 231 (Ecke Hirschstr.) = Fernsprecher Nr. 6275 =

Der Lichthof liegt voller Reste, die sich vom Weihnachtsverkauf angesammelt haben.

Samstag, Montag, Dienstag

RESTE

von Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Weißwaren, Flanellen, Samten, Bettdamasten, Baumwollwaren, Stickerei- und Klöppelspitzenresten etc.

KNOPF



Pa-Li in Ihrem ersten Sprech- und Tonfilm

Lien Deyers Rosenmontag

Die Liebe ist stärker als das Leben

Ein Tonfilm nach dem gleichnamigen Bühnenwerk von **Otto Erich Hartleben**

Ton-Beiprogramm - Neueste Wochenschau

Palast-Lichtspiele
Herrenstraße
Telefon 2502

Wochentags 4, 5.50, 7.40 u. 9 Uhr
Sonntags 3, 5, 7 und 9 Uhr

Bad. Lichtspiele Konzerthaus

Samstag, 3. bis Mittwoch, 7. Januar, jew. 8.30 Uhr
Sonntag nur 4 Uhr

Der Walzerkönig

Ein Film um den Altmeister des Wiener Walzers **Johann Strauß**

mit **Claire Kommer** und **Hans Stuwe** in den Hauptrollen

Beifilme: Jugend verboten, Kapelle Lehmann

Kartenverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr., Holzschuln, Wörderplatz 49 und im Büro Klauprechtstr. 1



Wer leidet einem Arbeiter 150% auf 6 Monate, 6 monat. Rückzahl. von 25% d. Prämienzahl. werden. Zu ertrag. unter 23. 14 im Volksfreund.

Zu sämtlichen Kassen zugelassen

Dr. Hans Kaufmann

Augenarzt

Sprechstunden 9¹/₂-12¹/₂ und 3-5 Uhr

Kaiserstraße 145 Telefon 5481

Bei allen Kranken-Kassen zugelassen

Dr. med. R. Wachenheimer

prakt. Arzt und Geburtshelfer

Ritterstraße 40 (Ecke Gartenstraße) Telefon 6626

Sprechzeit 8-9¹/₂; 14¹/₂-17; Sa. 8-10 Uhr

Höhensonne Diathermie

Wir üben die amtschäftliche Praxis gemeinsam aus. - Unsere Büros befinden sich Waldstraße 71 (Ecke Kaiserstraße), Telefon 218

Dr. Hugo Schrag

Fritz Haas

Rechtsanwälte

Naturheilpraktiker

Viktor Haug

Friedensstraße 7

von der Reise zurück

Sprechstunden: Montags, Mittwochs, Freitags von 10-12 Uhr, täglich von 3-7 Uhr, außer Samstags

Die Sendung des Propheten

Elias

vor dem Weltende

Oeffentlicher Vortrag Sonntag, 4. Jan., 7¹/₂ Uhr abends im Vortragssaal Kriegsstraße 84. Jedermann ist willkommen! Eintritt frei. Red.: P. G. Mal.

Ein neuer Beruf!

Die mod. Kunststrickerei

an der

"Femina-Strickmaschine"

unverfärbige Wolle, Waller Strickelieder, Sportart, bringt hoch verdient. Leicht erlernbar. Güst. Ver. Prospekt grat. u. franco

Tricotagen- und Strumpfabb. Neher & Fohlen, Saarbrücken 3

Ein Posten angestaubte

Schlafdecken 2.

per Stück Mk. 10.- 6.- 5.-

Arthur Baer

Kaiserstr. Nr. 133

Eingang Kreuzstr. gegenüber der kleinen Kirche

verkaufsräume nur eine Treppe hoch!

Ratenkaufabkommen

Badisches Landestheater

Samstag, 3. Jan. 12

Th.-Gen. 1101-1200

Zum ersten Mal

Elisabeth von England

Schauspiel von Ferdinand Bruckner

Regie: Baumbach

Witzrolle: Gernath

Freundenrollen: Böhler, Schreiner, Seltling

Gäste: Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Hiel, Höfer, Juhl, O. Kienhofer, Kloeble, Röhne, Richter, Bräuer, Schälze, v. d. Zent, S. Kienhofer, Luther

Anfang 20 Uhr
Ende 23 Uhr

Breite A (0.70-6.00 A)

Sonntag, 4. Jan. 12

Th.-Gen. 1401-1500

Die Walküre

Von Richard Wagner

Dirigent: Krebs

Regie: Dr. König

Witzrolle: Blant, Gießelroth, Franz, Grünwald-Seyfert, Haberfort, Reich-Dörich, Seiberlich, Winter, Zurl, G. Albinus, Hirsch, Schoepflin, Jüden

Anfang 18 Uhr
Ende 22.30 Uhr

Breite D (1.00-6.00 A)

W. S. I. Elisabeth von England

Heberlecher, Wagner, mittl. 12g, tabell. 12 A, Herrenmantel 12 A, best. (Schrotenau, schwarz, Wagner, mittl. 12g, 20 A, rotel. 12g, 20 A, 42-44 für 5 A, Herrenstraße 20, 4-Tr. 12g, 18.

LVR

An unsere sehr geehrten Mitglieder!

Wir ersuchen, die **gelben Kontrollkassenbons für 1930** in unseren Verteilungsstellen möglichst vormittags gegen 20-Mk.-Marken umzutauschen und diese **Marken sofort** in die Gegenmarken-Sammelkarte für 1930 einkleben zu lassen. **Die Gutschrift der Marken für 1930** erfolgt nur bis **einschließlich Samstag, den 10. Januar 1931.**

Lebensbedürfnisverein

Die Feiertage sind vorüber!

Jeder Geschäftsmann will neue Kunden gewinnen und die seitherigen Käufer festhalten. Der überragende Erfolg jeder Werbung liegt nachgewiesenermaßen nur in der Zeitungs-Anzeige. Ihre Ankündigungen finden im Volksfreund in allen Schichten der Bevölkerung Beachtung

PHÖNIX-STADION

Sonntag, den 4. Januar 1931 nachmittags 1/2 9 Uhr

Süddeutsche Meisterschaft

1.F.C. Pforzheim

F. C. Phönix

Auto-An- und Abfahrt nur Parkring (Durlacher Tor).

Vorverkauf: Sport- und Zigarrenhaus **Hörrie**, Durlacher Tor; Zigarrenhaus **Meyle**, Marktplatz; Tuchhaus **Evertz & Co.**, Waldstraße 39; Papierwaren **Eisig**, Werderstraße 41.

Privat-Handelschule „Hansa“

jetzt: **Kaiserstr. 107** Tel. 5946 (zwischen Herren- und Waldstraße)

Beginn neuer Handelskurse am Montag, 5. Januar 1931

Die Schulleitung: **Fink**, Dipl. Handelslehrer

Betten

Stahl- u. Holz- u. Kiefern-Kinderschlafstellen

Polst. u. atmestr. Chaisel- u. Ledern. Fußstühle, Kessel, u. Glasumbrella (Stuhl) (Tf.)

Wer würde arbeiten? Wer hätte das Viebe für Musik hat billige Guitarreflexion erteil? Angeh. unt. S 11 an das Volksfreundbüro rech.

GLORIA

Ab heute in Erstaufführung

Ein 100%iger Sprech- und Tonfilm, den Sie gesehen und gehört haben müssen!

ANNY ONDRA

in

Die vom Rummelplatz

Ein Film mit guter Regie
Ein Film mit guter Musik
Ein Film mit guten Texten
Ein Film mit guten Darstellern
Ein Lustspiel, wie er sein soll mit fünf bekannten Komikern und zwar

Siegfried Arno - Max Ehrlich
Julius Falkenstein - Paul Morgan
und Kurt Geron

ANNY ONDRA entwickelt soviel graziöse u. akrobatisch einwandfreie Komik, daß ein jeder sein Vergnügen daran hat.

Reichhaltiges tönendes Beiprogramm

Wochentags: 3.30, 5, 7 und 9 Uhr
Sonntags: 2, 3.45, 5.30, 7.10, 9 Uhr

KAFFEE BAUER

Heute Samstag **1. Hausball**

Ball-Musik; KAPELLE FRANZ OSENEGG mit ihren neuen Jazz-Spezialisten

2 geräumige Tanzflächen - Eintritt frei - Weinanzug

Gesellschaftszug

Tisch-Bestellungen beim Geschäftsführer (ab 15 Uhr)

Verlängerte Polizeistunde

3m Städt. Konzerthaus

Sonntag, 4. Jan.

Die Sage, die sich Liebe nennt

Operette von Barthe Regie: v. d. Zent

Witzrolle: Dietram, Röhler, Hadenmacher, Schreiner, Dahlen, Graf, Juhl, Kloeble, Bräuer

Anfang 19.30 Uhr
Ende 22 Uhr
1. Parterre 3.00 A

Volkshaus Schützenstraße 16

Laufend jeden Sonntag die beliebtesten

Familien-Konzerte

Es ladet freundlichst ein **H. Horr und Frau**

Ludwig Schweisgut

Erbprinzenstraße 4 beim Rondelplatz

Pianos, nur beste Fabrikate!

Sonntags

Farben.Lacke etc

gebrauchstüchtig

für Anstriche aller Art vorteilh. i. Farbenh. **Hansa**

Waldstr. 15, h. Colosseum